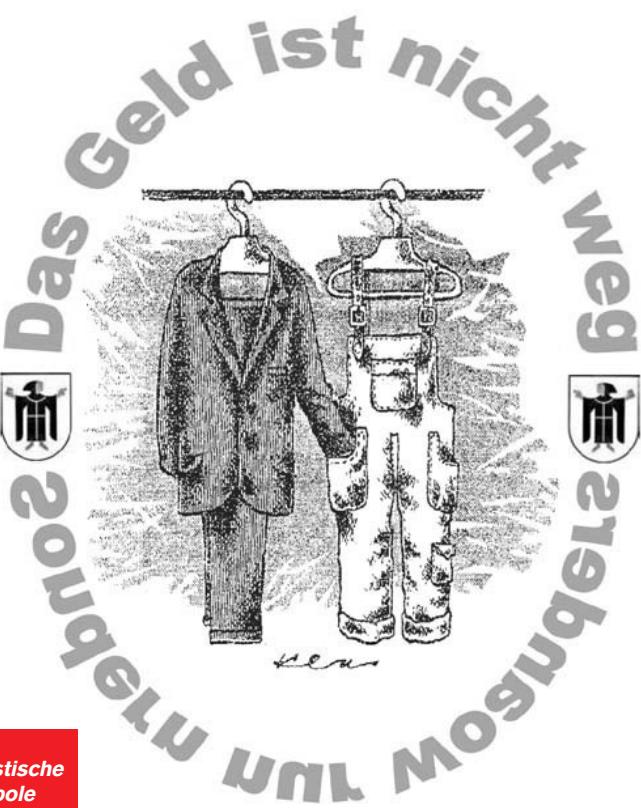


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



*Imperialistische
Metropole
versus Solidari-
sche Stadt –
Entwicklungs-
tendenzen
kommunaler
Politik
20*

*Agenda
2010:
Fehlbesetzung
Schröder
zieht
starkes Stück
durch
3*

*Metro-Konzern
bekämpft
planmäßig das
Menschenrecht
– er entlässt
über 1.000
Beschäftigte in
der Türkei
15*

*Grundsteuer
als Solidar-
beitrag für
Sozial
investitionen
12*

*DEHAP: Die
Lösung der
Probleme muss
in demokrat-
ischer Umwand-
lung gesucht
werden, nicht in
militärischer
Intervention
7*



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80) . Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

GRUNDSICHERUNGSGESETZ. Die Bundesregierung hat jetzt in einer Antwort auf eine FDP-Anfrage Probleme bei der Grundsicherung eingestanden. Die „bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ ist zu Jahresbeginn in Kraft getreten. Sie soll Menschen, die älter als 65 Jahre sind oder über 18 Jahre und dauerhaft erwerbsgemindert, so absichern, dass sie nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Bundesregierung sieht „Anlaufprobleme“, weil viele Betroffene mit den komplizierten Anträgen noch nicht klar kämen und die von den Kommunen bzw. Landkreisen eingerichteten Ämter damit überfordert seien. Erste örtliche Erfahrungsberichte deuten allerdings auf systembedingte Mängel, die auch nach einer Anlaufphase weiter bestehen werden. So berichtet ein Vertreter der Caritas in Stuttgart über folgende Mängel: Die Grundsicherung war gut gemeint, ist aber schlecht gemacht. Sie sollte vor allem dazu dienen, dass Menschen in „verschämter Armut“ eine Leistung bekommen, die nicht mit dem abwertenden Etikett „Sozialhilfe“ versehen ist. Zwar haben die Rentenkassen jeden angeschrieben, der weniger als 844 Euro monatliche Rente erhält; aber damit wird der Personenkreis, der kein Einkommen aus der gesetzlichen Rentenkasse hat, gar nicht erreicht. Vermuteter Hintergrund: befürchtete Kosten für die öffentliche Hand. Die Grundsicherung hat einen konstruktiven Mangel: während in der Sozialhilfe sogenannte Mehrbedarfe (wegen Krankheit o.ä.) zu höheren Leistungen führen, gibt es das bei der Grundsicherung nicht. Auch andere Rücksichten auf die Lebenslage (vorübergehend übermäßig hohe Wohnungskosten o.ä.) fehlen bei der Grundsicherung. Die Grundsicherung pauschaliert diese individuell verschiedenen Situation. Es werden 15% auf den Regelsatz der Sozialhilfe aufgeschlagen, das sind in Baden-Württemberg derzeit 44,10 Euro monatlich. Folge: in vielen Fällen reicht die Grundsicherung nicht. Es ist absehbar, dass gut 50 Prozent aller älteren Mittellosen und der dauerhaft Erwerbsgeminderten weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen sind, um nicht in völlige Armut abzurutschen. Damit ist der Hauptzweck des Gesetzes erst einmal verfehlt.

GUT GEMEINT, ABER ... Die Koalitionsparaden haben eine etwas zweifelhafte Reform der Unfallversicherung angekündigt. Die Unfallversicherung wird ausschließlich von den Arbeitgebern bezahlt, sie ist nach Branchen organisiert und somit ein gewisses Druckmittel, dass in der jeweiligen Branche versucht wird, Unfälle zu vermeiden, Absicherungen gegen gesundheitsgefährliche Stoffe vorzunehmen usw. Während in vielen Branchen die durchschnittlichen Beitragszahlungen gesunken sind (die Bundesregierung nennt 17 DM pro 1000 DM Arbeitsentgelt im Jahr 1950 und 13,30 DM im Jahr 2001),

ist die Tendenz vor allem in der Bauindustrie in den letzten Jahren umgekehrt. Die Arbeitsgemeinschaft der Bauberufsgenossenschaften stellt fest: durch die wachsende Zahl ausländischer Unternehmen, die in der Bundesrepublik tätig sind und keine Beiträge zahlen, durch die wachsende Zahl von deutschen Unternehmen, die ihren Sitz ganz oder teils ins Ausland verlagern und dann auch keine Beiträge zahlen, sowie die hohe Zahl von illegalen Beschäftigten, sinkt die Zahl der Bauunternehmen und ihre Lohnsumme drastisch. Trotz erfolgreicher Bemühungen, die Unfallursachen zu bekämpfen, konnten daher die Beiträge nicht gehalten werden; schließlich müssen auch die Renten aufgrund von Unfällen in früheren Jahren getragen werden. Abhilfe verspricht nun die Bundesregierung durch erleichterte Fusionen von Berufsgenossenschaften, was vielleicht Verwaltungskosten spart (Erfahrungen mit Fusionen von anderen Verbänden sprechen allerdings eher dagegen), aber ziemlich sicher auch den Druck wegnimmt, branchenspezifisch etwas gegen die Unfälle zu unternehmen. Der Verband der Bauberufsgenossenschaft hatte alternativ vorgeschlagen, die Beiträge nicht nur nach der Lohnsumme, sondern auch nach dem Umsatz von Unternehmen zu bemessen; das würde dann die Unternehmen, die teilweise ins Ausland verlagern, wenigstens mit einbeziehen.

ANTIDISKRIMINIERUNG: Anlässlich des Welttages der Menschen mit Behinderung am 5. Mai 2003 erklären zum geplanten zivilen Antidiskriminierungsgebot Christian Schröder, Sprecher AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der PDS, Ralf Buchterkirchen, Sprecher AG queer der PDS, und Ilja Seifert, Mitglied des PDS-Vorstandes: „Im Wahlkampf 2002 präsentierte Rot-Grün stolz einen Entwurf für ein Antidiskriminierungsgebot, welches ein Verbot von Diskriminierung u.a. aufgrund einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung beinhaltet. Nun rudert die Regierung zurück. Im zivilrechtlichen Teil wird sie sich, so die Ankündigung der Justizministerin Zypris, auf den Pflichtteil zurückziehen, der von der Europäischen Union gefordert wird. Antidiskriminierung beinhaltet danach ausschließlich die Rasse und die ethnische Herkunft. Andere Diskriminierungsgründe wie Alter, Geschlecht, Glauben, politische Weltanschauung oder eben Behinderung und sexuelle Orientierung fallen danach nicht unter die neu zu schaffende Antidiskriminierungsgesetzgebung. Dies tut die Bundesregierung ohne jede Not, bedarf doch dieses Gesetz nicht einmal der Zustimmung des Bundesrates.“

Die AG Behindertenpolitik und die BAG queer der PDS fordern die Bundesregierung auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der wirksamer Antidiskriminierungsarbeit einen wirksamen Rahmen bietet.

Fehlbesetzung Schröder zieht starkes Stück durch

Das bunte Gemenge der Parteien, Partei-strömungen und Parteimeinungen hat schon ein starkes und oft bizarres Eigenleben, aber letztlich besteht eben doch ein Bezug auf die Schichtung der Gesellschaft, auf klassifizierbare Interessen und auch auf die Verbände, die sich solche klassifizierte Interessen auf die Fahnen geschrieben haben.

Wichtige Interessenslagen, letztlich das ganze Profil der Forderungen, die an die Politik gerichtet werden, ergeben sich aus der Orientierung auf die Einkommensquelle: Arbeit oder Eigentum bzw. Arbeit/Eigentum und Eigentum/Arbeit. Den Linksparteien kommt zu, Interessen, die sich aus der Lohnabhängigkeit ergeben, politisch zu artikulieren, während Konservative und Rechtsparteien auf den Rechten des Eigentums bestehen.

Die sogenannten Parteien der Mitte zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Interessen des Eigentums so formulieren, dass sie auch als Entwicklungsweg für Angehörige der arbeitenden Klassen gesehen werden können, oder umgekehrt, indem sie nachzuweisen suchen, dass die Verbesserung der Situation der Arbeit letztlich das Einkommen aus Eigentum hebt.

Diese Politik wird dadurch begünstigt, dass sehr viele Leute bei ihrer Lebensplanung sowohl die eigene Arbeit als auch Einkommen oder Absicherung aus Eigentum im Blick haben.

Entscheidend für die politische Wirkung ist aber die allgemeine Formulierung des politischen Anspruchs. Die Lohnabhängigen werden von rechts her nicht angesprochen, weil sie auch ein bissel Eigentum haben, und die Eigentümer nicht, insofern viele von ihnen dann und wann auch arbeiten. Die Union sagt vielmehr: Helft dem Eigentum auf, und dann wird es auch allen Arbeitenden besser gehen. Und die SPD? Sie sagte: Lasst die Entwicklung der arbeitenden Klassen zu, dann winken höheres Wachstum und steigende Gewinne. Diese argumentative Situation, die im wilhelminischen Kaiserreich entstanden ist, wird durch die Politik der mit Schröder regierenden

SPD verzerrt. Die Sozialdemokratie ist aus dem grundlegenden Argumentationszusammenhang, dass eine Beserung der Lage der arbeitenden Klassen letztlich (und auf nicht allzu langem Umweg) die Profiterwartungen des Eigentums heben würden, herausgetreten.

Die Agenda 2010 konfrontiert die Lohnabhängigkeit, und zwar die Menschen, die am meisten vom Lohn abhängen am meisten, mit dem Ansinnen, sie müssen ihre Hoffnungen und Erwartungen zurücknehmen, um den wirtschaftlichen Kreislauf in Schwung zu bringen oder auch nur zu halten. Diese Spaltung ist angelegt, wenn zwischen „Lohn-“ und „Lohnnebenkosten“ ein Gegensatz aufgemacht wird. (siehe auch Mai-Flugblatt der SPD)¹.

In dieser Rolle ist die SPD eine Fehlbesetzung, denn sie ist gegenüber ihrer Wählerschaft und darüber hinaus, der ganzen Gesellschaft anders verpflichtet. Sie müsste eine Ausweg aus der wirtschaftlichen Stagnation weisen, der mit einer Vermehrung der Lebenschancen aller Einzelnen einhergeht, sofern diese nur einigermaßen bereit sind, angebotene Chancen anzunehmen.

Vielen Sozialdemokraten ist rätselhaft, wieso die Partei einen solchen Kurs nicht einschlägt. Eine Erklärung dafür könnte in der Situation der selektiven Krisenbewältigung liegen, die das kapitalistische System nach dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges entwickelt hat. Die zerstörerische Kraft der Verwertungskrisen des Kapitals tobt sich dabei regional oder auch in sozial abgrenzbaren Bereichen aus. Sie trifft Minderheiten, und dass sie nicht allgemein ist, wirkt sich auf die Mechanismen der Mehrheitsbildung aus. In einer solchen Situation machen wenigstens wahlarithmetisch Strategien Sinn, die Solidarität und soziale Gerechtigkeit als Leitgedanken aufzugeben. Dann nämlich, wenn dadurch die oft so genannten Besitzstände und die Sicherheit breiter Kreise gewährleistet würden.

1. www.spd.de, SPD-Flugblatt zum 1. Mai, siehe Kasten

2 www.spd.de Mut zur Veränderung, Leitantrag des SPD-Parteivorstands zum Sonderparteitag am 1. Juni 2003 in Berlin, S.21, „Im Sinne von Fördern und Fordern ist ein aktives Bemühen um Eingliederung eine Voraussetzung für die Leistung. Wer sich nicht ausreichend um Eingliederung bemüht oder eine zumutbare Arbeit ablehnt, muss mit einer Reduzierung der Leistung bis hin zum Wegfall der Leistung rechnen.“

3 www.csu.de Für Wachstum – Sozial ist, was Arbeit schafft. Gemeinsamer Beschluss der Präsidien von CDU und CSU München, 04. Mai 2003: „Denjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, müssen Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden (Jobcenter, gemeinnützige Arbeit, Leiharbeit, Sozialarbeit). Wer arbeitet, soll mindestens das bisherige Sozialhilfeneveau (100%) erreichen. Die Möglichkeiten für mehr Nettoeinkommen durch Hinzuerwerb werden massiv erweitert.“

Deutschland sozial verantwortlich erneuern.

Alle Menschen spüren und wissen es: Deutschland muss alle Kräfte bündeln, um die bewährten sozialen Fundamente unserer Gesellschaft zu erhalten und langfristig zu sichern.

Die Probleme liegen auf dem Tisch:

- Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit steigen die Kosten für die Arbeitslosenversicherung. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeit haben, müssen für diese Kosten aufkommen.
- In einer Gesellschaft, die immer älter wird, müssen immer weniger Beschäftigte die Renten der Älteren bezahlen.
- Eine höhere Lebenserwartung und medizinischer Fortschritt führen zu deutlich steigenden Ausgaben für das Gesundheitswesen.

Alle drei Faktoren bedrohen die finanzielle Basis unseres Sozialstaates. Wir Sozialdemokraten wollen den Sozialstaat erhalten. Aber wir können nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben. Deshalb müssen wir handeln.

- Wir brauchen mehr wirtschaftliches Wachstum, damit neue Arbeitsplätze entstehen. Deshalb müssen wir bürokratische Hemmnisse, die Wachstum behindern, abbauen.
- Wir müssen die Lohnnebenkosten senken, damit Arbeit wieder kostengünstiger wird. Nicht alle Leistungen des Sozialstaates werden deshalb in dem Umfang bestehen können wie bislang.

Mit der AGENDA 2010 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Initiative auf den Weg gebracht, die einen Weg zu Wachstum und mehr Beschäftigung aufzeigt und die Belastungen gerecht verteilt. Die AGENDA 2010 verlangt allen Bürgerinnen und Bürgern viel ab. Dennoch gilt: Nichts zu verändern wäre verantwortungslos. Verantwortungslos gegenüber der heutigen und den künftigen Generationen.

Union und FDP wollen eine andere Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der die Arbeitnehmerrechte, Flächentarifvertrag und Mitbestimmung nichts mehr gelten.

Deutschland sozial verantwortlich erneuern – das kann nur die SPD.



SPD-Parteivorstand: Telefon: (030) 2 59 91-0 Fax: (030) 2 59 91-4 10
Internet: <http://www.spd.de>; E-Mail: parteivorstand@spd.de

29.04.03

tigkeit als Leitgedanken aufzugeben. Dann nämlich, wenn dadurch die oft so genannten Besitzstände und die Sicherheit breiter Kreise gewährleistet würden.

Und tatsächlich, wie viele Menschen sind es dann letztlich, die durch die Maßnahmen der Agenda 2010 wirklich aus der Bahn geworfen würden? Es sind wenige Prozent der Gesamtbevölkerung, der man auf diesem Weg die Teilhabe an Leistungen und Sicherungen, die von der Gesellschaft geboten werden, verkürzt oder abschneidet.

Der Plan, eine industrielle Reservearmee zu schaffen, die teils aus öffentlichen Mitteln unterhalten, für jede Art von Arbeit jederzeit abrufbar bereitsteht, weil sie in einer Situation des Mangels gehalten wird, ist ein Plan, der aus der Anschauungswelt des Eigentums stammt. Sein Kern besteht in der Aussetzung der Spielregel, wonach Arbeitsbereitschaft der Schlüssel zu einem würdigen Leben, d.h. der gleichberechtigten Teilhabe an einem großen Kreis von Gütern der Gesellschaft, sei.

Die Differenzierung des Lohneinkom-



mens von niedrig-mittel-hoch mit ihren fließenden Übergängen wird abgelöst durch eine neue Ordnung. Es wird ein sozialer Bereich installiert, dessen Merkmal der Mangel und die Verkürzung von Lebenschancen ist. Es ändert sich etwas bei der gesellschaftlichen Geltung des Arbeitsangebotes. Für sich genommen berechtigt es nur noch zum Überleben von der Hand in den Mund, aber nicht zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wie gesagt, dieses Schicksal ist nicht für viele vorgesehen. Man hat vielmehr die Idee, dass dadurch, dass man einige unter ein derartiges soziale Ausnahmerecht stellt, der wirtschaftliche Kreislauf beschleunigt und eine große Zahl von anderen aus der Gefahrenzone geführt werden könnten, in den grünen Bereich, um es boshhaft zu sagen.

Die Verlockung einer solchen selektiven Bewältigung der Strukturkrise ist groß, denn man rechnet mit der Dankbarkeit der Begünstigten und mit der Entmutigung der Benachteiligten.

Nicht bedacht wird dabei aber, dass eine so angelegte Politik Bindungen löst, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Entwicklung emanzipativer Perspektiven gleichermaßen wichtig sind. Die Produktion von gesellschaftlicher Ohnmacht bereitet einer neuen Welle von Faschismus den Boden. Und wenn vor emanzipative Ziele nicht mehr „Jeder“ geschrieben werden kann, zerreißt der Zusammenhang von individuellem Streben nach Entwicklung und Demokratie.

Schröder und die Seinen meinen wohl tatsächlich, dass es zu ihrer Politik keine Alternative gäbe. Sie haben sich von dem Geschrei der Kapitalinteressierten scheu machen lassen. Wäre es denn wirklich so schwierig, z.B. die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld als Einstieg in einer soziale Grundsicherung zu begreifen? Lässt denn die Krise des Schulwesens überhaupt etwas anders zu als den Ausbau des Leistungsangebotes der Öffentlichkeit und der Nachfrage-rechte der Kinder und Familien? Wäre es nicht nötig, ein Angebot auf Beschäftigung zu garantieren, statt in Strafen und Abzügen für Arbeitsunwillige zu schwelgen?² Muss es denn wirklich sein, dass ausgerechnet die CSU die Schaffung eines ausreichenden Angebots von Beschäftigungsangeboten als Ziel aufstellt?³ Nicht, wenn die Schröder-SPD offensiv in Richtung soziale Grundsicherung und Schaffung eines öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors nachdenken wollte.

Statt der Spekulation auf eine Konjunkturbelegung durch Kürzung der Sozialausgaben, d.h. auf Sicherung eines Teils der Lohnabhängigen auf Kosten eines anderen, könnten solidarische Argumente in den Vordergrund kommen, statt jetzt den Kirchen und den von ihnen inspirierten Sozialpolitikern vorbehalten zu bleiben.

maf

„Europäische Verteidigungsunion“ begründet – außerhalb EU und NATO

„Verfassungsvertragliche Fixierung einer ‚Solidaritäts‘-Klausel, an die alle Mitgliedstaaten der EU gebunden sind“

Die Initiative, um die es hier geht, wurde am 29.4. in Brüssel vereinbart. Sie kann, soviel lässt sich bereits jetzt bilanzieren, in den vier beteiligten Staaten auf eine ausreichende – parteienübergreifende – Zustimmung rechnen. Das gilt insbesondere auch für Deutschland, wo alle vordergründige ‚Kritik‘ des Oppositionslagers nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass man in der Sache gemeinsame Vorstellungen und Zielsetzungen hat. Um hier ein aktuelles Beispiel für diese Gemeinsamkeiten zu nennen, sei hingewiesen auf die Neufassung der Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) für die Bundeswehr. Dort wurde wesentlichen Forderungen dieses Oppositionslagers weitgehend Rechnung getragen¹. Hierzu zählt der Zuschnitt der Streitkräfte sowohl auf den zukünftigen Einsatz im Innern wie auch auf die Verwendung für auswärtige Interventionen plus „polizeimäßige“ Befriedungs-Einsätze (innerhalb entspr. EU-Formationen). Und hierzu zählt die Ausrichtung auf militärpolitische bzw. rüstungspolitische Arbeitsteilung (innerhalb der EU). Was ebenfalls bilanziert werden kann, ist die Tatsache, dass die o. a. Initiative – über die vier Staaten hinaus – vorläufig keine weitere Zustimmung findet. Wenngleich man mit dem Hinzutritt Österreichs deswegen rechnen muss, weil sich die vormalige wie auch die jetzige ÖVP/FPÖ-Regierung seit jeher als Anhänger der Kerneuropa-Idee begreift – bleibt dennoch das Faktum mangelnden Zuspruchs zu dieser Initiative bestehen. Demgegenüber hatte es jedoch keinen Mangel an sofortigen (schroffen) Ablehnungen. So erklärte beispielsweise der niederländische Außenminister gegenüber der Presse: „Belgien und Frankreich können unsere Sicherheit nicht garantieren. [Und] Deutschland kann [ebenfalls] nicht die Sicherheit der Niederlande garantieren. Ich kann mir keine Weltordnung vorstellen, die aufgerichtet ist gegen die Vereinigten Staaten.“²

Aus dem tschechischen Außenministerium wurde u.a. verlautbart: „Es muss Integration geben in Europa. Aber eine Integration, die von allen Beteiligten beschlossen und entsprechend mitgetragen wird – nicht eine von ein oder zwei Beteiligten [aufgenötigte Integration /Red.] ... Wir werden [das deutsch-französische Projekt /Red.] korrigieren müssen. Wir haben für jegliche Pläne eines Kerneuropa nichts mehr übrig.“³ In diesem Zusammenhang – so der hier zitierte Pressebericht – wird auch die Besorgnis der osteuropäischen Seite deutlich bezüglich der offenkundigen französischen Bereit-

schaft, andere Kräfte – insbesondere Deutschland – zu beteiligen an der „nuklearen Abschreckung“ in Gestalt ihrer Eingliederung in die eigene Atomstreitmacht („force de frappe“). Von polnischer Seite wird – so der Bericht weiter – einerseits nüchtern festgestellt: „Die osteuropäischen Länder unterliegen von allen Seiten der Manipulation. Aber diese Länder haben einfach mehr Vertrauen in die USA als in die EU, [das gilt] ganz besonders gegenüber Frankreich und Deutschland.“ Die polnische Seite rechnet diesem Bericht zufolge damit, dass Paris und Berlin auf Durchsetzung jener Kerneuropa-Strategie dringen werden, die bereits vor 10 Jahren von den deutschen Christdemokraten formuliert worden ist. Dies würde ihrer Auffassung nach die Kluft zwischen dem alten und neuen Europa weiter vertiefen. „Hier geht es doch nicht nur um eine bloße Erweiterung, sondern hier handelt es sich um eine Wiedervereinigung Europas ... Und [vor diesem Hintergrund /Red.] können wir eine aufgezwungene [Re-]Kolonisierung des Ostens, im Stile der Vereinigung Deutschlands, nicht hinnehmen.“³ Es drängt sich somit die Frage auf, ob das o. a. Vierer-Projekt an dem benannten Widerstand bald scheitern wird – oder ob nicht doch einige Entwicklungsmomente bereits vorhanden sind, die (leider!) mittelfristig zu seiner erfolgreichen Durchsetzung beitragen könnten? In der nachfolgenden Spurensicherung geht es hauptsächlich um diesen Punkt.

Militärpolitische Ausformung des EU-Verfassungsvertrags

Aus der anbei auszugsweise dokumentierten Erklärung (hier wurden, aus thematischen Gründen, die Passage zur strategischen Partnerschaft mit den USA sowie die Passage mit den 7 Initiative-Punkten weggelassen) wird zunächst einmal Folgendes ersichtlich: Für den Fall, dass es gelingt, die hier verlangte militärpolitische Ausformung des zukünftigen EU-Verfassungsvertrags jetzt (im laufenden Fertigstellungsprozess sowie in der anschließenden Verabschiedung durch die EU-Regierungskonferenz) durchzusetzen, wird damit ein mächtiges Instrument zur Gleichschaltung der Mitgliedstaaten geschaffen sein. Selbst wenn sich (was Joschka Fischer im EU-Verfassungskonvent sofort vehement abgelehnt hat ...) die bisherige Mehrheitsposition in Sachen ‚Recht auf jederzeitigen Austritt aus der EU‘ durchsetzen sollte – sie wird insbesondere getragen von den Beitreitländern –, kann dennoch allerhand Ankettung bzw. Einbindung und Unterord-

nung aufrechterhalten werden über solch ein Instrument. Diese spezifische Zuerichtung der EU-Verfassung würde tatsächlich sofort mit In-Krafttreten des EU-Verfassungsvertrags zu einforderbaren Konsequenzen führen: reichend von der Definition der Lage in der Welt und in Europa, über die Definition der eigenen Sicherheitslage (vor diesem Hintergrund) – bis hin zur Definition des eigenen Beitrags in dieser Hinsicht. Diese Sachen unterliegen nicht mehr der eigenen Hoheit, sondern wären verbindlich vorgegeben. Hierüber würde permanente diesbezügliche Intervention in die Mitgliedstaaten – ausgehend von der zentralen Unionsebene (bzw. jenen Kräften, die hierüber Hegemonie ausüben) – möglich werden. Denn die Spiegelstrich-Punkte, die als wesentliche Merkmale einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU)“ direkt inkorporiert werden sollen in den zukünftige EU-Verfassungsvertrag, sind mehr als bloß militärpolitische In-Pflichtnahmen: Es sind letztlich innenpolitische, finanzpolitische bzw. ökonomische arbeitsteilige Pflichtnahmen, die mehr oder minder schroffe Auswirkungen auf die mitgliedstaatlichen Haushalte nach sich ziehen werden.

Selbst wenn die hier behandelte Stoßrichtung des Vierer-Beschlusses zunächst

leer laufen sollte, würde der dann eintretende Fall einer zweigleisigen EU-Entwicklung (parallel zum Schengener Abkommen und zum Euro-Verbund) dennoch Auswirkungen zeitigen, als Macht des Faktischen bzw. als Macht der vollendeten Tatsachen.

Hier wirkt zum einen die bisherige militärpolitische Kooperation begünstigend – und zum andern die bestehende öffentliche Meinung zu diesen Angelegenheiten. Die „Gemeinsame Erklärung“ erinnert ausdrücklich (das wurde hier nicht dokumentiert) an den gemeinschaftlichen Einsatz von Streitkräften der ‚alten‘ EU und der EU-Beitrittsländer auf dem Balkan. Es wird in diesem Zusammenhang insbesondere der Übergang des NATO-Kommandos über die Einsatzkräfte in Mazedonien auf ein erstmaliges EU-Kommando hervorgehoben – quasi als Geburtsstunde der ESVU bzw. der dazugehörigen EU-Streitkräfte. Die Sache birgt, das sollte nicht unterschätzt werden, eine immanente Logik in sich: Wer hier mitgemacht hat bzw. mitmacht, kann nur schwerlich Widerstand leisten, wenn diese vorweggenommene „Europäische Verteidigungsunion“ nun Eingang findet in den (ebenfalls von alten angestrebten bzw. mitgetragenen) EU-Verfassungsvertrag.

Öffentlichen Meinungsbildung und formierende Einwirkung

Zum andern kann der (faktisch: deutsch-französische) Vorstoß in Sachen „Europäische Verteidigungsunion“ gegenüber Widerständen zurückgreifen auf den Faktor der öffentlichen Meinung in den Ländern der ‚alten‘ EU und in den Beitrittsländern. Diese öffentliche Meinung hatte eine Grundsichtung, auf die eine zweite Schichtung aufgetragen werden konnte – dies hauptsächlich als Ergebnis der meinungsformierenden Auswirkungen der diesbezüglichen deutsch-französischen Politik im Kontext des Irak-Konflikts. Auch hier konnte angeknüpft werden an vorausgehende Entwicklungen: In Deutschland (aber auch in einer Reihe weitere EU-Staaten) betrifft das die seinerzeitige – weitgehend gelungene – Zuerichtung der öffentlichen Meinung für den Zweck einer „humanitären Intervention“ im Kosovo, entlang der Aufbereitung dieser Intervention als Abwehrmaßnahme gegen „ethnische Säuberungen“. Die FAZ hat damals folgende Bewertung abgegeben zu diesem Akt gelungener Meinungsformierung: „Den Fotos des Prüglers muss man die Fotos des Außenministers gegenüberstellen. Nicht dass Fischer Gründe gehabt haben mag, [...] birgt, um ein Modewort der Acht-

Dokumentiert

Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Mit der Erweiterung und der Ausarbeitung eines Verfassungsvertrags wird die Europäische Union künftig stärker, aber auch heterogener sein. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, dass Europa in der Lage sein muss, mit einer Stimme zu sprechen und seine Rolle in der internationalen Politik in vollem Umfang wahrzunehmen. Wir sind der Auffassung, dass hierfür der Schaffung des Europas der Sicherheit und der Verteidigung neue Impulse verliehen werden müssen. Die Europäische Union muss über eine glaubwürdige Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfügen. Denn glaubwürdig – und somit wirksam – ist die Diplomatie nur, wenn sie sich auf wirksame zivile und militärische Fähigkeiten stützen kann. [...].

Um der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik neuen Schwung zu verleihen, schlagen wir vor, dass sich der Konvent zur Zukunft Europas und die Regierungskonferenz die folgenden Grundsätze zu eigen machen und sie in den Verfassungsvertrag aufnehmen:

- die Möglichkeit, eine verstärkte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu praktizieren;
- eine allgemeine Klausel über Solidarität und gemeinsame Sicherheit, an die alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gebunden sind und durch die allen Risiken,

mit denen die Europäische Union konfrontiert wird, begegnet werden kann;

- allen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, soll es möglich sein, im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit weitere Verpflichtungen einzugehen ...;
- eine Neuformulierung der Petersberg-Aufgaben, die es der Europäischen Union ermöglicht, zivile und militärische Mittel einzusetzen, um Konflikte zu verhindern und Krisen, einschließlich anspruchsvollster Aufgaben, zu bewältigen;
- die Schaffung einer Europäischen Agentur für Entwicklung und Beschaffung militärischer Fähigkeiten, die die europäischen militärischen Fähigkeiten sowie Interoperabilität und Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Mitgliedstaaten verstärken soll. Diese Agentur wird dazu beitragen, ein günstiges Umfeld für eine wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie zu schaffen;
- die Einrichtung eines Europäischen Kollegs für Sicherheit und Verteidigung, um die Entwicklung und Verbreitung einer europäischen Sicherheitskultur zu fördern.

Wir schlagen ferner vor, dass der Konvent das Konzept einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU) annimmt. Als Beitrag zu den Überlegungen, die wir mit interessierten Staaten fortsetzen wollen, sind wir der Auffassung, dass es Auftrag der ESVU sein sollte, die Mitgliedstaaten zusammen zu bringen, die bereit sind, raschere und weiter reichende Fortschritte bei der Verstärkung ihrer Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu erzielen. Im Einzelnen werden die an der ESVU beteiligten Staaten

- die Verpflichtung eingehen, einander bei jeder Art von Gefahr Hilfe und Beistand zu leisten,
- systematisch eine Angleichung ihrer Standpunkte in Fragen der Sicherheit und Verteidigung anstreben,
- ihre Bemühungen im Verteidigungsbereich koordinieren,
- ihre militärischen Fähigkeiten ausbauen,
- ihre Sicherheits- und Verteidigungsanstrengungen verstärken, insbesondere bei den Investitionen in die militärische Ausstattung.

Die Teilnahme an der ESVU impliziert,

- die Beteiligung an wichtigen europäischen Ausrüstungsprogrammen, z. B. dem [Großraum]-Lufttransporter aus der Airbus-Produktion /Red.] A400M,
- die Stärkung der Effizienz der europäischen militärischen Fähigkeiten durch möglichst umfassenden Rückgriff auf Spezialisierung und Bündelung von Mitteln und Fähigkeiten,
- die Förderung der Bündelung der Mittel in den Bereichen Offiziersausbildung, Übungen, Einsatz und Logistik,
- die Bereitschaft, unter europäischer Flagge einen Beitrag zu Friedenseinsätzen im Auftrag der Vereinten Nationen zu leisten.

Die ESVU würde allen derzeitigen und künftigen Mitgliedstaaten offen stehen, die daran mitarbeiten möchten. Es ist unser Wunsch, dass diese konkrete Zusammenarbeit in den Verfassungsvertrag der Europäischen Union aufgenommen wird, so dass früher oder später alle derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten teilnehmen können. [...].“

Di, 29.4.; www.bundesregierung.de

undsechziger zu zitieren, einen ‚Choc‘ der Erkenntnis, sondern die Tatsache, dass dieser Motorrad-Prügler fünfundzwanzig Jahre später als deutscher Außenminister einen Krieg mitbefehligen wird – eine äußere militärische Intervention, die ohne ihn und seine Geschichte vermutlich zu einem Bürgerkriegsähnlichen Notstand im Innern geführt hätte. [...] Es war doch gerade das Spezifische dieser Biographie, die dazu verhalf, den inneren Frieden zu bewahren, als im Kosovo militärisch eingegriffen wurde.“⁴

Nach den Terroranschlägen vom Sept. 2000 in den USA konnte dieser Zuspruch für auswärtige Interventionen wiederbelebt werden. Das hing direkt zusammen mit der offenkundig gewordenen Möglichkeit, selber persönlichen Schaden nehmen zu können in der hier aufscheinenden Front. Die Ursachenforschung, die diese Anschläge letztlich zurückführt auf das weltweite Einwirken seitens West-Europas und seitens der USA auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in den betreffenden Ländern bzw. Regionen – sowie auf die damit verbundenen tagtäglichen (kulturellen) Demütigungen –, hat zwar die öffentliche Bereitschaft zur Beseitigung dieser Ursachen gesteigert. Aber dieser Vorgang war bzw. ist weitgehend vermengt mit dem Aufkommen eines eher diffusen Schutz-Bedürfnisses in der Öffentlichkeit. Hieran hat die deutsch-französische Irak-Politik anzuknüpfen gesucht. Genauer: In diesem Kontext konnte die Vorgehensweise des nordamerikanischen NATO-Partners als Bedrohung aufbereitet werden. Und als Ergebnis davon war dann die gesteigerte Wehrfähigmachung Europas gleichsam als ‚Gegenwehr gegen diese Bedrohung‘ – quasi als ein ‚pazifistisches‘ Anliegen – darstellbar geworden. Diese Konstellation wird nicht nur vom Regierungslager aufgegriffen, sondern auch von der konservativen Opposition – und zwar mit einer Stoßrichtung, die letztlich ebenfalls hinzielt auf eine militärpolitische Ausformung des EU-Verfassungsvertrags. Das soll hier abschließend beispielhaft verdeutlicht werden:

„Die Europäische Volkspartei (EVP), die europäische Organisation christlich-demokratischer und konservativer Parteien [- sie traf sich am 2.3.2003 zur einer Klausurtagung auf dem Petersberg bei Bonn – Red.], sprach sich ... dafür aus, in der neuen Verfassung der Union das Amt eines starken europäischen Außenministers zu schaffen. Außerdem solle – wie von Frankreich und Deutschland vorgeschlagen – die außenpolitische Linie der EU per Mehrheitsbeschluss der Regierungen festgelegt werden. [...]. Die Stimmung ... war: In dieser Krise jetzt erst recht‘, sagte [der EVP-Koordinator im EU-Verfassungskonvent /Red.] Brok... Anwesend waren außerdem der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl und Konventspräsident Valery Giscard d’Estaing. Giscard, berichtete Brok, habe

ebenfalls für ‚sehr weitgehende und mutige Schritte in der Außenpolitik‘ plädiert ... [Am] Zieltermin Juni für die Vorlage des definitiven Verfassungsentwurfs will Giscard vorerst festhalten. Zugleich hat Giscard die EU-Kommission dafür gewonnen, bei den EU-Bürgern drei Monate in Folge per Umfrage herauszufinden, ob sie eine gemeinsame europäische Außenpolitik und eine gemeinsameVerteidigungspolitik wünschen. Die Ergebnisse sollen, im April, Mai und Juni veröffentlicht werden. Giscard rechnet offensichtlich damit, dass die Fragen bejaht werden.“⁵ Es steht sehr zu befürchten, dass er damit völlig richtig liegen wird.

huh

- 1 „Neuausrichtung der Bundeswehr“ – in: www.soldat-und-technik.de/artikel-03-03/bundeswehr.htm
- 2 International Herald Tribune: „Anti-war powers to join forces“ – 30.4.2003 (eigene Übers.)
- 3 Guardian: „New Europe gets shock lesson in realpolitik. Eastern Europeans admire America, but know their living depends on the EU“ – 28.04.2003 (eigene Übers.)
- 4 FAZ: „Seine Rolle. Der lange Weg zu sich selbst: Wofür Joschka Fischer haftet“ – 10.1.2001
- 5 Financial Times Deutschland (FTD): „EU-Konvent im Spannungsfeld des Irak-Streits“ – 3.3.2003

Kampfhandlungen für beendet erklärt

Weichenstellungen im Nachkriegsirak

US-Präsident Bush hat die „größeren Kampfhandlungen im Irak“, nicht aber den Krieg für beendet erklärt. In diesem Falle nämlich müssten die USA u.a. unverzüglich die rund 7000 Kriegsgefangenen freilassen und die Fahndung nach Vertretern des alten Regimes einstellen. So bleiben die Kriegsgefangenen inhaftiert, und die Fahndung geht weiter.

Derweil nehmen die US-Nachkriegspläne weiter Gestalt an. Der Irak soll in drei, vielleicht vier Zonen aufgeteilt werden und von einer „Stabilisierungstruppe“ unter dem Befehl jeweils der USA, Großbritanniens und Polens kontrolliert werden. Diese „Stabilisierungstruppe“, an der sich auch Italien, Spanien, die Ukraine, die Niederlande, Dänemark, Bulgarien und Neuseeland beteiligen wollen, soll jedoch nicht die im Irak stationierten 135.000 US-Soldaten ersetzen. Die bleiben. Welche Befugnisse angesichts dessen der „Übergangsleitung“ zugestanden wird, die bis Mitte Mai gebildet werden soll, ist offen. Ihr sollen sieben bis neun Irakis angehören, darunter sog. Exiliraker, ein Vertre-

ter der Schiiten und als Vertreter der kurdischen Bevölkerungsgruppe Barsani (KDP) und Talabani (PUK). Die KP Irak kritisiert, dass von den vorbereitenden Konferenzen alle traditionell wichtigen politisch organisierten Strömungen mit Ausnahme der kurdischen Bewegung als „anti-amerikanisch“ ausgeschlossen worden sind. (NZZ, 30.4.)

Sowohl die kurdischen Organisationen wie die KP Irak setzen sich entschieden für eine föderative Verfassung des zukünftigen Irak ein. Die Zeitung „Birayeti“, die der KDP nahe steht, hält es für möglich, dabei an das osmanische Verwaltungssystem anzuknüpfen – damals war das heutige Territorium des Irak in die Verwaltungsbezirke Mossul im Norden, Bagdad im Zentralirak und Basra im Süden aufgeteilt – und eine moderne, demokratische Föderation aus drei oder vier Gliedstaaten zu bilden. Entscheidend wird dabei sein, dass ein Weg gefunden wird, die Einnahmen aus der Erdölproduktion, in der Vergangenheit Hauptquelle der Staatseinnahmen Bagdads, fair und gerecht zwischen den Regionen zu verteilen; die wesentlichen Quellen liegen im Norden und Süden.

Inzwischen zeichnet sich auch deutlicher ab, welches Ziel die USA gegenüber Syrien verfolgen. Noch während des Irak-Krieges hatte die Bush-Administration unverhüllte Drohungen gegen das Land ausgesprochen. Bei seiner Reise nach Damaskus und Beirut verlangte US-Außenminister Powell, dass Syrien seine Haltung entsprechend der „neuen strategischen Lage“ ändern müsse, konkret: Es müsse nicht nur jede Unterstützung irakischer Opposition gegen die USA unterlassen, sondern seine Truppen aus Libanon vollständig abziehen und seine Unterstützung palästinensischer und libanesischer Gruppen beenden. Syrien soll, das ist gemeint, seine Rolle als Regionalmacht ausgespielt haben. Es bliebe, neben den US-Truppen in der Region, Israel als einzige – hochgerüstete – Regionalmacht.

scc



Tausende demonstrierten am 1. Mai auf Aufruf der KP Iraks gegen die US-amerikanische Besetzung des Irak

Eine Stellungnahme der DEHAP

Die Lösung der Probleme muss in demokratischer Umwandlung gesucht werden und nicht in militärischer Intervention

Wir dokumentieren – aus Platzgründen gekürzt – eine während des Angriffskriegs gegen den Irak verfasste Stellungnahme der DEHAP. In den Kämpfen um die Neuordnung der Region und den Verschiebungen der Kräfteverhältnisse und Bündnisstellungen entwickelt die kurdische Bewegung in der Türkei eine Perspektive des Friedens und des demokratischen Zusammenlebens.

(...) Die heutzutage erhobenen Forderungen der erstarkenden Völker nach Frieden, Freiheit, Demokratie und gerechter Aufteilung werden eine Systemveränderung von den Wurzeln her erzwingen. Der Mittlere Osten ist das Gebiet, in dem diese Notwendigkeit am stärksten gespürt wird. Es ist notwendig, die Autoritäten und Regime, die der Gründung demokratischer Systeme im Mittleren Osten im Wege stehen, zu überwinden. Allerdings betonen wir, dass diese Art von Entwicklung nicht durch Interventionen von außen gesichert werden kann. Die Demokratisierung des Mittleren Ostens kann nur durch innere Dynamik gewährleistet werden.

Die vorherrschenden Probleme des Mittleren Ostens sind die kurdische sowie die palästinensische Frage

Die Vorbedingung für die Sicherung eines dauerhaften Friedens und von Stabilität und demokratischer Entwicklung ist die Lösung des kurdischen und palästinensischen Problems. Eine Annäherung, die nicht darauf abzielt, kann keine realistische Lösung herbeiführen. Die Lösung des palästinensischen Problems wird einen arabisch-israelischen Frieden sichern. In derselben Weise wird die Lösung des kurdischen Problems einen dauerhaften Frieden und Stabilität zwischen der Türkei, dem Irak, dem Iran und Syrien herstellen und damit demokratischen Entwicklungen den Weg freimachen.

Die in dem Gebiet existierenden Regime und Geisteshaltungen werden die Probleme nicht lösen können. Dies ist mit einer Haltung möglich, der eine sich auf Geschwisterlichkeit stützende gleichberechtigte, freie und demokratische Einheit der Völker des Mittleren Ostens zu Grunde liegt. In dem Maße, wie eine solche Veränderung die Lösung der Probleme realisiert, wird sie auch keinen Anlass zu unabsehbaren Interventionen von außen geben.

Die Separatismusphobie hat die Türkei gegenüber der Welt isoliert

Mit der AKP-Regierung haben verschiedene Kräfte mit ihrem Verhalten unser Land von Anfang an mit gravierenden Problemen konfrontiert. Das Stocken der

Außenbeziehungen in den letzten Wochen sowie die aktuelle ökonomische Lage sind in keiner Weise eine innere Angelegenheit.

Der Eintrittsprozess in die EU hat durch falsche Kalkulationen Schaden genommen. Es ist ganz klar, dass die Türkei sich entweder die kosmopolitischen demokratischen Werte aneignen, alles dementsprechend umsetzen und ein Teil des Westens werden wird, so dass die EU-Mitgliedschaft diese wichtigen Prozessphasen ausdrückt, oder sich stattdessen immer nach innen verschließen, ökonomisch aus dem Ruder laufen, ein unterdrückisches und autoritäres Land sein wird. In diesem Zusammenhang finden wir es Besorgnis erregend, wenn sich die Beziehungen zur EU verschlechtern. In den Sommermonaten hat die Türkei mit einigen Anpassungsgesetzen im Sinne einer Demokratisierung einen wichtigen Schritt getan. Doch hat sie in den vergangenen Tagen mit dem Verbot der HADEP, der anhaltenden Inhaftierung der DEP-Abgeordneten, anstatt sich an das diesbezügliche Urteil des EMGH zu halten, ihrer Willenlosigkeit in punkto Demokratisierung Ausdruck verliehen.

Neben der Verschlechterung der Beziehungen zur EU sind die prinzipienlosen als strategisches Bündnis gesehenen Beziehungen zu den USA angespannt und werden sich aus ökonomischer Sicht nicht einfach entspannen lassen. Im Zusammenhang mit dieser negativen Entwicklung ist es notwendig – trotz bedeutender Fehler der AKP-Regierung – tiefer verwurzelte, von verschiedenen Besorgnissen herrührende Ursachen zu benennen.

Ohne Zweifel ist es positiv, dass die Türkei sich nicht aktiv an der Intervention gegen den Irak beteiligt hat. Jedoch hat sie sich von Anfang an mit dem Gedanken getragen, auf bestimmte Weise im Nord-Irak einzugreifen. Angesichts der Reaktionen von EU, USA, NATO, Russland sowie der Nachbarstaaten und der kurdischen Gruppen im Nord-Irak hat sich die Türkei zurückgehalten und keine Truppen geschickt. Eine mit dem „Schutz der nationalen Sicherheit“ begründete Invasion in den mehrheitlich von KurdInnen bewohnten Nord-Irak hätte das Durcheinander der demographischen und politischen Strukturen in dem Gebiet weiter verstärkt und das Einfrieren sämtlicher Beziehungen zur EU zur Folge haben können. Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates hat in den vergangenen Tagen erklärt, dass unter bestimmten Bedingungen keine Soldaten geschickt würden und dies auch nicht nötig sei, und hat somit die diesbezügliche Besorgnis in gewissem Maße

ausgeräumt.

Die Nord-Irak-Sensibilität der Türkei

Neben den schon erwähnten Befürchtungen der Türkei bezüglich des Nord-Irak, – des Status der Turkmenen in diesem Gebiet, der KADEX-Kräfte, einer sich entwickelnden kurdischen Etablierung – ist die Türkei dabei, sich eigene Sicherheitsrisiken zu schaffen. Insbesondere ist von deren Vertretern die Verhütung einer möglichen kurdischen Fluchtbewegung wie während des Golfkrieges 1991 behauptet worden. Bis jetzt gibt es solch ein Fluchtaufkommen nicht.

Natürlich ist es ebenso wichtig, die Rechte der Turkmenen wie die der anderen Völker zu schützen. Jedoch haben selbst die turkmenischen Führer bekannt, dass sie in diesem Punkt keine Not leiden. Im Zusammenleben mit den KurdInnen genießen die Turkmenen in einer Weise Rechte wie nie unter dem Regime Saddam Husseins. Zu vertreten, dass diese Rechte dauerhaften Status erhalten sollen, ist natürlich. Jedoch gibt es keinerlei Grund für eine Intervention.

Eine autonome kurdische Führung im Nord-Irak oder die Möglichkeit einer Föderation, innerhalb derer die kurdische Kraft eine der wichtigsten sein würde, ist eine Tatsache außerhalb unserer Grenzen, eine Realität des Irak. Nahezu zehn Jahre lang regieren nun KurdInnen de facto dieses Gebiet. Außerdem ist es offenkundig, dass sie – entgegen dem ständigen Kleinreden in der Türkei – auf dem zielstrebigsten Weg der Gründung eines anerkannten demokratischen Systems sind. Diese Tatsache vor Augen sind wir der Meinung, diesen Umgang damit aufzeigen zu müssen. Die Erklärung der Türkei zu intervenieren, falls den KurdInnen im Nord-Irak ein dauerhafter Status verliehen würde, beunruhigt Millionen von KurdInnen.

Offen gesagt heißt dies, die Türkei ist besorgt, dass die Entwicklungen im Nachbarland Auswirkungen auf die in der Türkei lebenden KurdInnen haben könnten. Es wird angenommen, dass eine autonome kurdische Führung im Süden eine Anziehungskraft für die kurdischen Staatsangehörigen der Türkei haben wird. Wie in diesen Tagen ein weiteres Mal sehr deutlich zu erkennen ist, hat diese Separatismusphobie die Türkei zu nichts anderem geführt als zur Isolation und wird auch in Zukunft nichts anderes bewirken. Die Besorgnis der Türkei vor einem Zerfall ist nicht mit einem militärischen Angriff im Ausland aus der Welt zu schaffen, sondern damit, den eigenen Staatsangehörigen weitreichende demokratische Rechte zuzuerkennen und den Lebensstandard zu heben. Wa-

rum sollten kurdische BürgerInnen, die im eigenen Land ohne Schwierigkeiten an Investitionen und Wohlstand in gleichberechtigter Weise teilhaben, ihre Sprache sprechen können, Möglichkeiten finden, ihre Kultur zu leben und zu entwickeln, von den Entwicklungen im Nachbarland negativ beeinflusst werden? Wir halten es ein weiteres Mal für nötig zu wiederholen: Die Türkei muss eine Lösung nicht in einem militärischen Angriff suchen, sondern die Ungleichbehandlung in ihrem Land aufheben und die entsprechenden Forderungen der in Van und Diyarbakir lebenden Staatsangehörigen beantworten.

Es muss endlich gesehen werden, dass die Lösung innerhalb der Türkei zu finden und nicht schwierig ist. Die Befreiung aus der beengten wirtschaftlichen Lage sowie der politischen Isolation, die neuerliche Vertrauensbildung in den internationalen Beziehungen liegt wieder in den Händen der Staatsangehörigen dieses Landes. In einer sich die Hände reichenden, freiwilligen Einheit in einer Umgebung demokratischer Gleichberechtigung und des Gebrauchs aller Freiheiten müssen an die Stelle von Angst Liebe und gegenseitige Achtung treten.

(...)

Schließt die Türkei Frieden mit ihren kurdischen Staatsangehörigen, wird der Mittlere Osten einen Zustand von Vertrauen, Frieden und Stabilität erreichen

Der Krieg im Irak hat ein weiteres Mal gezeigt, dass die kurdische Frage sehr umfassend ist und Auswirkungen auf die ganze Region hat. Mit einer in jeder Hinsicht demokratisierten tiefgreifenden Lösungsmöglichkeit für die kurdische Frage wird die Türkei führende Kraft in der Region sein. Die mutigen, zu leistenden Schritte, welche die kurdische Frage zu einer Lösung führen, werden den Demokratisierungsprozess beschleunigen, den Stillstand des EU-Beitrittsprozesses überwinden und auf internationaler Ebene gegen die Türkei vorgebrachte Tatsachen aus der Welt schaffen.

Wir halten es abermals für notwendig zu betonen, dass die Schritte zur Demokratisierung der Republik die KurdInnen zu grundlegenden Kraftquellen für die Entwicklung der Türkei machen werden. Ein wichtiger Faktor für Entwicklungssprünge wird die Überwindung der Aufstands- und Kampfphasen der letzten 70 Jahre werden; durch die Problemlösung wird der Weg freigemacht, die gesamte Energie, die Kraft und den Reichtum der Türkei im Innern zu verwenden.

Die DEHAP hat als Partei, welche die kurdische Frage auf demokratischen friedlichen Wegen zu lösen und die Einheit des Landes auf dieser Grundlage zu sichern verteidigt, bei den letzten Wahlen in den Gebieten, in denen Staatsangehörige kurdischer Herkunft leben, in großem Umfang Stimmen erhalten. Mit der von uns vertretenen Politik und mit

der Verantwortung der uns durch die Wählenden gegebenen Unterstützung setzen wir uns in Bewegung. Wir sind entschlossen, die auf uns entfallenden Aufgaben bei der Lösung der Probleme zu erledigen. Aufgrund dieser unserer Verantwortung wenden wir uns an die politischen Geschicke des Landes Bestimmenden, die Vertreter und Organisationen: Bezuglich der Sicherheit der Türkei werden wir die im Hinblick auf die kurdischen BürgerInnen bestehenden Besorgnisse gemeinsam ausräumen. Wir betonen, dass wir – insbesondere als Partei der kurdischen Stimmen – mit unserem Verhalten entschlossen die Unsi-

räumt werden, eine friedliche und demokratische Art und Weise ihrer Zukunft zu bestimmen.

- Indem man sich von der von Befürchtungen und Vorurteilen geprägten Annäherung an die kurdische Frage abwendet, muss sich im Gegenzug eine lösungsorientierte Haltung angeeignet werden. Unsere Partei wird hierbei ihren Part übernehmen.
- Betreffende Vereinigungen müssen eine Konferenz in dem von uns ausgeführten Umfang organisieren, auf der in jeder Hinsicht eine freie Diskussion über die kurdische Frage in der Türkei und die Lösungswege eröffnet wird.



Bei dem schweren Erdbeben bei Bingöl brechen brechen vor allem staatliche Gebäude zusammen. Türkische Sicherheitskräfte schießen in eine Demonstration, die gegen die marode Bauweise, gegen die unzureichende Versorgung der Obdachlosen, schleppende und unprofessionelle Hilfe protestiert.

cherheiten beseitigen werden. Wir wissen sehr genau, dass dies zum Nutzen aller in der Türkei Lebenden gereicht. Unsere Partei möchte die Gedanken und Vorschläge dazu direkt mit der Landesführung austauschen. Die Lösung der Probleme der Türkei wird mit demokratischem Wandel und Einheit erreicht werden. Dies können wir sicherstellen, indem wir uns die Hände reichen. Diskutieren wir miteinander, finden wir einen Weg, demokratische Rechte anzuerkennen, die keine Besorgnis zulassen. Für die Umsetzung könnten wir damit beginnen, eine Konferenz zu organisieren, an der offizielle Organisationen und VertreterInnen, Nichtregierungsorganisationen, politische Parteien und ExpertInnen teilnehmen. Wir sind davon überzeugt, in einem Umfeld aufgelöster Befürchtungen und Vorurteile sehr reichhaltige Ideen und Alternativen hervorzubringen. Wir begnügen uns damit, zum jetzigen Zeitpunkt entwickelte politische Vorschläge zu unterstreichen, und glauben mit einem kreativen Dialog – wie beim türkischen nationalen Befreiungskampf – mit Leichtigkeit einen Weg zu finden, auf dem wir gemeinsam gewinnen und uns entwickeln. So wird die Sorge vor der Anziehungskraft anderer Orte dadurch ersetzt, dass die Türkei selbst zum Anziehungspunkt wird.

Um dafür den Weg zu bereiten: (...)

- Allen Gesellschaften des Irak (Araber, Kurden, Turkmenen, Assyrer, Chaldäer und andere) muss die Möglichkeit einge-

- Die Türkei muss ihre Politik der Nichtanerkennung der KurdInnen beenden und internationale Abkommen zum Schutz und zur Entwicklung der kurdischen Sprache und Kultur umsetzen.
- Die nötigen praktischen Schritte müssen unternommen werden, die mit der EU im Einklang stehenden Gesetze in Kraft zu setzen.
- Es müssen alle Hindernisse beseitigt werden, die eine freie Meinungsäußerung verhindern, abgesehen von Aufrufen zur Gewalt.
- Eine Generalamnestie muss her ohne jegliche Einschränkung.
- Es müssen rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, damit KADEK-Kräfte, die als Gefahr für die innere Sicherheit gesehen werden, die Waffen niederlegen, in die Türkei zurückkehren und am demokratischen Leben teilhaben können. So wird die Bedrohung durch eine bewaffnete Kraft außerhalb unserer Grenzen aufgehoben. Es ist aber auch klar, dass dies nicht durch ein schon in der Vergangenheit erfolgloses Reuegesetz gewährleistet werden kann, sondern durch eine realistischere und erfolgversprechendere Annäherung.

Zum Schluss wiederholen wir ein weiteres Mal, dass die DEHAP ihren Part mit allen Aufgaben zu erfüllen bereit ist, um die Sehnsucht der Türkei nach demokratischem Wandel zu verwirklichen und die Gesellschaft in ein glücklicheres Morgen zu tragen.

DEHAP Hauptzentrale

Widerstand gegen Apartheid-Mauer



Am 3. Mai führten Israelis, Palästinenser und Internationalisten erneut eine Demonstration vom palästinensischen Dorf Mas'ha zum nahegelegenen Protestcamp durch. Mas'ha ist eines der Dörfer, deren Bewohner – 32 Großfamilien – durch den Bau der Apartheid-Mauer praktisch von ihrem Land abgeschnitten werden. Das Dorf verliert durch den Mauerbau 97% seines landwirtschaftlich genutzten Bodens, fast ausschließlich Olivenhaine, die einzige Einkommensquelle der Dorfbewohner. Da der Mauerbau bei Mas'ha im Februar 2003 wie üblich überfallartig begann, verblieb ihnen keine Zeit, gerichtlich dagegen vorzugehen. Doch sie beschlossen, gewaltfrei Widerstand zu leisten, und errichteten gemeinsam mit israelischen und internationalen Friedensaktivisten ein Protestcamp auf ihrem Land, bauten es zu einem Stützpunkt der Information und des Widerstandes aus. (Quelle: <http://gush-shalom.org>)

Deutsche Zollbeamte bald an der polnischen Ostgrenze?

Polnischen Quellen zufolge bemüht sich die deutsche Zollverwaltungsbehörde bei der Europäischen Kommission, schon in kurzer Zeit deutsche Zollbeamte zur Verstärkung der Zollkontrollen an die Ostgrenze Polens entsenden zu können. Anlass sei, dass die Osterweiterung bei deutschen Grenzbehörden zu einem Personalabbau von 12% führe, d.h. fast 4000 Zollbeamten die Entlassung drohe. Schon vor zwei Jahren wurde die Idee, deutsche Beamte an die polnische Ostgrenze zu beordern, als Vorschlag zu „internationalen Europatrouillen“ unterbreitet. Die Zeitung *Tygodnik Solidarnosc* kritisiert, dass es darum gehe, einerseits die Kontrolle über einen wichtigen Bestandteil der Tätigkeit des polnischen Staates zu übernehmen, andererseits deutsche Arbeitskraft nach Polen zu exportieren, während umgekehrt Freizügigkeit für polnische Arbeiterinnen und Arbeiter nicht besteht. Die Zeitung gibt zu bedenken, „was passiert, wenn auf dem Gebiet Polens das Kommando ‚Hände hoch!‘ nicht auf Polnisch, sondern auf Deutsch gerufen wird. Die junge Generation kennt dieses Kommando zwar nur aus Kriegsfilmen, die ältere Generation aber aus der eigenen traurigen Erfahrung.“

(Quelle: www.dw-world.de)

Lukrativer Versicherungsmarkt

Über 100 Interessierte versammelten sich zu einem Seminar der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer über Entwicklung und Perspektiven des ungarischen Versicherungsmarktes, insbesondere im Hinblick auf den EU-Beitritt. Schon jetzt ist dieser Markt von internationalen Konzernen beherrscht, fast alle großen Versicherungskonzerne sind vertreten, 27 Gesellschaften kon-

kurrieren ums Geschäft. Doch gilt Ungarn wie überhaupt „Mitteleuropa“ als „Wachstumsmarkt mit großem Aufholpotenzial“. Während in der BRD die Versicherungswirtschaft einen Anteil von 7% am Bruttoinlandsprodukt hält, sind es in Ungarn bisher nur 3%.

(Quelle: www.budapester.hu)

Siemens feierte 150-jähriges Russland-Jubiläum

Die Eroberung des russischen Marktes hätte dem Konzern vor 150 Jahren die Existenz gerettet, so der Vorstandsvorsitzende von Pierer auf der Jubiläumsveranstaltung Mitte April in St. Petersburg. Heute sei jede dritte technische Anlage zwischen Wladiwostok und Smolensk mit Siemens-Technologie ausgestattet. Just zum Jubiläum sei St. Petersburg eine digitale Vermittlungsstation für 40.000 Telefonanschlüsse übergeben worden. Siemens ist inzwischen wieder mit 1.500 Beschäftigten und Gesamtinvestitionen von 100 Mio. Euro in Standorten in über 30 Regionen Russlands vertreten. Die weltweit längste Richtfunkstrecke von Moskau ins ostsyrische Chabarowsk stammt ebenso von Siemens wie automatisierte Gasleitungen für den Rohstoffmonopolisten Gasprom und ein Rohrsystem, das vom Polarkreis bis in die EU reicht. Anlässlich der Jubiläumsfeier wurde über die Beteiligung an nationalen und bilateralen Verkehrsprojekten verhandelt. Siemens könnte schon bald sämtliche Sicherheitsanlagen auf russischen Airports installieren und die Navigationssysteme in den Häfen verbessern usw. Als derzeit größtes Projekt gilt der Bau eines 100-Mio.-Euro-Verwaltungsgebäude in Moskau. In der neuen Zentrale soll der Wissenstransfer koordiniert werden – ein Bereich, der Direktinvestitionen immer weiter in den Hintergrund drängen werde, so von Pie-

rer. (Quelle: Moskauer Deutsche Zeitung, www.mdz-moskau.de)

Todesstrafe in Armenien abgeschafft

In einem weiteren Land wurde die Todesstrafe – fast – abgeschafft: Armenien. Am 30.4. unterzeichnete der armenische Präsident ein entsprechendes Gesetz. Aber er unterzeichnete zugleich ein weiteres Gesetz, nämlich das „Über das Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches“, das die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe über eine Reihe von vor der Annahme des neuen Strafgesetzbuches begangenen Delikten lässt. Dabei geht es wohl um den Terroranschlag vom 27.10.99 auf das armenische Parlament, dem zahlreiche Staatsvertreter zum Opfer gefallen waren. Seit 1990 gilt in Armenien ein Moratorium auf die Todesstrafe. In dieser Zeit wurden über 30 Menschen zum Tode verurteilt.

(Quelle: www.dw-world.de)

Kein Raum für die NATO?

Slowakische Militärexperten und Politiker sehen derzeit keine Möglichkeiten, NATO-Armeen aufzunehmen. Es fehle an der notwendigen Infrastruktur sowie am Raum, der den NATO-Standards für langfristigen Aufenthalt entsprechen würden. Die existierenden Luftübungsplätze in der Westslowakei könnten der NATO auch künftig höchsten für kurzfristige Übungen zur Verfügung gestellt werden. Es heißt, die USA planten die Verlegung einiger Luftstützpunkte aus Deutschland in den Osten, u.a. auch in die Slowakei.

(Quelle: www.dw-world.de)

Georgische Soldaten in die BRD

Ende Mai soll ein neues Kommando georgischer Soldaten für den Kosovo die Arbeit auf dem Balkan aufnehmen. Zur Vorbereitung sind die Soldaten zunächst in die Lüneburger Heide geflogen, um gemeinsam mit dem zukünftigen deutschen Kontingent den Einsatz zu trainieren.

„Neue Linke“ in Polen

Links von der SLD (Bündnis Demokratische Linke) hat sich Ende April eine neue Linkspartei gebildet bzw. offiziell registriert lassen, die „Neue Linke“. Sie versteht sich als antikapitalistische, Antisystem-, proeuropäische Partei und als Teil der Antiglobalisierungsbewegung. In den vergangenen Monaten konzentrierte sich die „Neue Linke“ darauf, Kundgebungen gegen den Irak-Krieg zu organisieren.

(Quelle: www.dw-world.de)
Zusammenstellung: scc

WIDERSTAND

HAMBURG. Vom 5. bis 19. Mai führen die Gewerkschaft ver.di und der DGB das Volksbegehren gegen die vollständige Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) durch. Über 60.000 Unterschriften von wahlberechtigten HamburgerInnen müssen binnen 14 Tagen gesammelt sein. Die Privatisierung des LBK gilt als Kernstück der Privatisierungsvorhaben des Rechtssenats. Der Haken: ver.di akzeptiert mit dem Volksbegehren eine Teilprivatisierung. Begründet wird das damit, dass privates Kapital benötigt werde, weil dem LBK 460 Mio. Euro zur Finanzierung der Alterssicherung der Beschäftigten und 130 Mio. Euro für dringende Infrastrukturmaßnahmen fehlten. Die Alternative heißt damit: Vollständige Privatisierung oder Teilprivatisierung. Trotzdem gilt: Hat das Volksbegehren Erfolg, stärkt das auch den Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserwerke oder der Berufsschulen. Es geht um die Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge. *Lokalberichte Hamburg 9/2003. Infos unter www.volksbegehren-hamburg.de*



Protestaktion „Dat Wasser von Kölle muss uns blieve!“

KÖLN. „Dat Wasser von Kölle muss uns blieve“ überschreibt attac-Köln sein Flugblatt gegen ein gigantisches Cross-Border-Leasing-Geschäft der Kölner GEW Rheinenergie. In Bergisch Gladbach hat sich ein Bündnis gegen den „Ausverkauf von Kanalnetz und Klärwerk“ gebildet, das auch vom DGB unterstützt wird. Beides sind wichtige Protestaktionen gegen einen Ausverkauf der kommunalen Daseinsvorsorge. Wasser und Abwasser sind elementare Güter bzw. Versorgungseinrichtungen einer Kommune. Mit riskanten Steuergeschäften über die USA werden die kommunalen Versorgungsressourcen gefährdet. Die GEW Rheinenergie plant, ca. 1700 km Wasserrohre, acht Wasserwerke und 160 Förderbrunnen an einen amerikanischen Investor zu verkaufen und dann wieder zurück zu leasen, um Steuergelder aus den USA abzuschöpfen. Aus diesem Grunde hat die PDS Offene Liste einen Antrag für die Kölner Ratssitzung am 22. Mai eingebracht, der eine vorzeitige Entscheidung im Aufsichtsrat verhindern und eine breite gesellschaftliche Debatte ermöglichen soll.

www.pds-koeln.de/ratsgruppe

attac-Veranstaltungstour zum Evian-Gipfel in zwölf deutschen Städten

FRANKFURT A.M. Mit einer international besetzten Veranstaltungstour durch zwölf deutsche Städte mobilisiert Attac für die Proteste gegen den nächsten G8-Gipfel, der vom 1. bis 3. Juni in Evian am Genfer See stattfindet. „In Evian werden sich erstmals seit dem G8-Gipfel in Genua vor zwei Jahren wieder Hunderttausende versammeln, um die Illegitimität der selbsternannten Weltregierung G8 anzuprangern“, sagte Lukas Engelmann, der die Evian-Proteste für Attac koordiniert. „Mit der Veranstaltungsreihe wollen wir in vielen Städten den weltweiten

Rahmen der Probleme und der Proteste deutlich machen.“ Dazu hat Attac ReferentInnen eingeladen: Maité Llanos aus Argentinien arbeitet an wissenschaftlichen Projekten zur Globalisierungskritischen Bewegung und wird auf den Widerstand in Argentinien eingehen; Marie Laure Geoffray und Lena Bredoux aus Frankreich sind an den Vorbereitungen der Evian-Proteste beteiligt und berichten vom Stand der Planung; Fredrico Tomasellos aus Italien erläutert, wie die Proteste von Genua die politische Situation in Italien verändert haben, und berichtet zudem vom erfolgreichen Widerstand gegen die Rüstungstransporte der USA in Italien. Die Veranstaltungstour macht Station in folgenden Städten: 2.5. Berlin, 3.5. Halle, 6.5. Bielefeld, 7.5. Kassel, 8.5. Köln, 9.5. Essen, 11.5. Bochum, 13.5. Frankfurt/Main, 14.5. Heidelberg, 15.5. Freiburg, 16.5. München, 17.5. Regensburg.

Mit einem Sonderzug, der symbolisch vom Kirchentag in Berlin verabschiedet wird, fährt am 28. Mai eine Vorhut von 1000 Leuten nach Annemasse, um beim Aufbau des Inter-galaktischen Dorfes und bei der Vorbereitung der Aktionen zu helfen. Die Reise soll gleichzeitig zum politischen Happening, rollenden Teach-in, Vernetzungstreffen und Symbol für eine andere Welt werden. Die Rückfahrt am 2. Juni dient der Auswertung der gemeinsam erlebten Proteste und als Vorbereitungsort für die



Ausweitung des Widerstands in Deutschland.
www.attac.de/evian

Bundesweites Netzwerk von Flüchtlingsinitiativen gegründet

BERLIN. Vertreter von rund 25 Flüchtlingsgruppen aus dem Bundesgebiet haben Ende April 2003 in Berlin ein Netzwerk gegen rassistische Kontrollen und Polizeimissbrauch gegründet. In ihrem Aufruf heißt es: „Wir rufen Flüchtlings- und MigrantInnengruppen auf, vor Ort einen Kampf gegen diese Repression zu starten und weniger privilegierte Flüchtlinge in ihrem Kampf gegen demütigende Polizeikontrollen zu unterstützen. Lasst uns Basisbewegungen stärken und daran arbeiten, ein handlungsfähigeres Netzwerk von Flüchtlingen und MigrantInnen aufzubauen. Stellen wir uns gemeinsam gegen rassistische Polizeikontrollen und alle staatliche Repression! Wir brauchen eine Strategie, um gemeinsame Kämpfe zu führen und mehr Selbstbestimmung der Opfer und von Rassismus Betroffenen. Wir müssen deshalb versuchen, eine vereinte und ‚non-racial‘ Bewegung aufzubauen, die in der Lage ist, das Leiden der Flüchtlinge und MigrantInnen als eine gemeinsame Front zu artikulieren.“ www.basicrights.de

Greenpeace-Aktion „Gestern Urwald – heute Papier. Schluss damit!“

HEMBURG/LÜBECK. Knapp 50 Greenpeace-Aktivisten aus neun Ländern haben am 2. Mai 2003 gegen den Import von Papier aus finnischen Urwäldern nach Deutschland protestiert. Mit Schlauchbooten empfingen sie den Papierfrachter „Finnhawk“ auf der Ostsee und kletterten auf die Heckklappe. Dort spannten Sie ein sechs mal vier Meter großes Transparent. Ihre Botschaft: „Gestern Urwald – heute Papier. Schluss damit!“ Der Frachter liefert wöchentlich Papier der großen finnischen Papierhersteller Stora Enso und M-Real nach Deutschland.

Greenpeace will mit seinem Protest erreichen, dass diese Hersteller kein Holz mehr aus Urwäldern verarbeiten. Finnland hat bisher nur knapp die Hälfte seiner verbliebenen Urwälder geschützt. Über 500 Tier- und Pflanzenarten sind durch die anhaltende Abholzung bedroht. Sogar die EU-Kommission hat Finnland Anfang April aufgefordert, mehr Urwälder zu schützen und so dem Aussterben von Tieren und Pflanzen zu begegnen. Aber die Politik hat bisher die Urwaldzerstörung in Europa nicht beendet: Erst Anfang der Woche hatten sich die Forstminister Europas in Wien getroffen. Maßnahmen zum Schutz der Urwaldreste in Nord- und Osteuropa haben sie jedoch nicht beschlossen.

www.greenpeace.org/deutschland

Studentinnen fordern „Bildung statt Profit“ gegen Werbung an der Uni

KONSTANZ. In Fußballstadien ist es schon lange üblich, nun verkauft auch die Universität in größerem Umfang Werbeflächen an eine Vermarktungsgesellschaft. Rund 70 Werberahmen haben die Studentenvertreter nach ihrer Rückkehr aus den Semesterferien gezählt. AStA-Sprecher Tom Meinert hat dafür nur wenig Verständnis und sagt: „Wir müssen dagegen vorgehen, dass die Universität zur Werbeplattform verkommt.“ Bei einer Protestaktion drehten Studenten die Plakate in der Nacht zum 28. April 2003 um und versahen sie mit Aufklebern, auf denen sie Bildung statt Profit forderten.

Die Werberechte erworben hat die „Deutsche Hochschulwerbung“, die schon mit anderen Hochschulen solche Verträge geschlossen hat. Anfängliche Proteste ist das Unternehmen gewöhnt, in München etwa hatte es ebenfalls Flugblätter gegen die Werbeflächen gegeben. Wie viel Geld die Universität mit dem Verkauf der Werberechte verdient, ist offen. 20000 Euro im Jahr wird unter Hochschülern spekuliert. Der Uni-Kanzler kann sich auch weitere Werbeformen vorstellen: Würde einmal ein Unternehmer ein Gebäude stiften, sei etwa denkbar das Haus nach diesem zu benennen. Im Fußball gibt es das mit Daimler-Stadion und AOL-Arena schon heute.

www.free.de/Zope/linksrhein/News

Unterschriften für den Erhalt der integrativen Berufsvorbereitung

HAMBURG. Eine Liste mit ca. 1.300 Unterschriften für den Erhalt der integrativen Berufsvorbereitung wurde am 23. April an die Leitung des Arbeitsamts Hamburg übergeben. Außerdem überreichten Jugendliche, MitarbeiterInnen und Eltern je einen Topf Vergissmeinnicht mit Namen und persönlicher Stellungnahme jedes/jeder Jugendlichen, deren oder dessen Zukunft durch die geplante Schließung des Lehrgangs bedroht ist. Die bundesweit und international einzigartige und anerkannt erfolgreiche

Aufruf zur Demonstration

Samstag, den 17. Mai 2003 in Berlin
MUTIGE REFORMEN STATT LEISTUNGSABBAU

Fünf vor zwölf Demonstration vom Potsdamer Platz
14.00 Uhr Abschlusskundgebung am Großen Stern
und Kulturprogramm

■ Arbeitsplätze schaffen ■ Arbeitsplätze sichern ■ Arbeitnehmerrechte schützen



Download Info-Flyer (PDF)

Einrichtung zur Vorbereitung der Integration junger Menschen mit geistiger Behinderung in das Berufsleben soll nach dem Willen der Hamburger Arbeitsverwaltung zum 1.8.2003 ihre Arbeit nach zehn Jahren einstellen.

www.gew-hamburg.de

Politische Auseinandersetzungen im Vorfeld des Sudetendeutschen Tags

AUGSBURG. Das Augsburger „Forum solidarisches und friedliches Augsburg“ übergab dem Stadtrat am 6. März 2003 eine 17-seitige Broschüre zum geplanten Sudetendeutschen Tag am 7./8. Juni in Augsburg. Bis jetzt kam noch keine Resonanz. Aber inzwischen wurde der Haushalt 2003 verabschiedet und der OB sprach auf dem Sudetendeutschen Gedenktag am 9. März 2003. Beide Entwicklungen waren Anlass für einen weiteren Brief des Forums an den Oberbürgermeister am 16. April 2003. Hier ein Ausschnitt aus dem Brief: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Wengert, in unserer Denkschrift zum Sudetendeutschen Tag in Augsburg haben wir reichlich Gründe aufgeführt, die einer finanziellen Unterstützung der Vertriebenenverbände, insbesondere der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrer Untergliederungen, seitens der Stadt Augsburg entgegenstehen. Leider sind im Haushalt für 2003 wieder 15328 Euro ausgewiesen ... In der Grundsansprache zum Sudetendeutschen Gedenktag am 9.3.2003 im Haus St. Ulrich bezeichneten Sie die Stadt Augsburg als „eine Art ‚Hauptstadt‘ der Sudetendeutschen“. Wir können angesichts der Ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen eine derartige Hervorhebung nur mit aller Schärfe zurückweisen. Eine Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten und Zielsetzungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft tut not. Es ist auch Ihre Aufgabe, Augsburg nicht zur „Hauptstadt“ von Vorurteilen, Hass und/oder neofaschistischen Parolen – wie sie von Vertretern des Sudetendeutschen Vorstandes formuliert werden – aufzubauen. Eine klare Position der Stadt Augsburg zu diesem Thema erwarten wir mit Interesse.“

Im Vorspann der Denkschrift wird das Anliegen des Forums zusammengefasst: „Wir haben es uns mit der Denkschrift nicht einfach gemacht. Das zusammengetragene Material beleuchtet die offiziell vertretene Verbandspolitik – wir

stellen uns nicht gegen berechtigte Interessen von Vertriebenen und Nachkommen in Form der Pflege ihrer Kultur. Wir stellen uns dagegen, dass in der Stadt Augsburg ein angekündigtes „Familienfest“ als Deckmantel für völkerverhetzende Positionen von Verbandsfunktionären missbraucht wird. Dieses „Trojanische Pferd“ sollte in Augsburg keinen Stall finden.“

Die Denkschrift des Forums ist am 1. Mai verteilt worden. Sie kann außerdem heruntergeladen werden in der Forum-Homepage: www.forumaugsburg.de.

Bundesweite Demonstration gegen Sozialabbau am 17. Mai in Berlin

BERLIN. ver.di, die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen und der Arbeitslosenverband rufen zu einer bundesweiten, zentralen Demonstration gegen den angekündigten Sozialabbau am 17. Mai in Berlin auf. In dem Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft der unabhängigen Erwerbsloseninitiativen heißt es: „Offensichtlich sind Kanzler Schröder und die Parteispitzen von SPD und Grünen wild entschlossen, auch gegen Widerstände aus den eigenen Reihen die Brechstange an den Sozialstaat anzusetzen, die Arbeitslosenhilfe abzuschaffen und die Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld drastisch zusammenzustreichen. Doch noch ist nichts entschieden! Ob es die Arbeitslosenhilfe nächstes Jahr noch gibt oder nicht, das hängt vom gesellschaftlichen Widerstand gegen die Regierungspläne ab – und somit auch von uns. Wir als (gewerkschaftliche) Arbeitslosengruppen alleine können den angekündigten Sozialabbau nicht verhindern. Aber wir können dazu beitragen, dass die Proteste machtvoll und unüberhörbar werden, dass sie nicht übergangen werden können. Die Koordinierungsstelle wird im Rahmen des ver.di-Protesttages eine eigenständige Auftaktkundgebung zu den geplanten Kürzungen bei Erwerbslosen organisieren (Marlene-Dietrich-Platz). Die Erwerbslosen-Demonstration geht dann zum Potsdamer Platz, wo die allgemeine ver.di-Auftaktveranstaltung stattfindet, der gemeinsame Demonstrationszug dann weiter zur Siegessäule.“

www.bag-erwerbslose.de. Aktuelle Stellungnahmen sind zu finden in www.verdi.de/stark_im_wandel und in www.bagshi.de/opposition/opposition.html

Grundsteuer als Solidarbeitrag für Sozialinvestitionen

Die folgenden Überlegungen und Darstellungen sind ein überarbeiteter Vortrag, gehalten beim Treffen der PDS – offene Liste im Stuttgarter Gemeinderat am 7. April 2003.

Erstveröffentlichung in Einblick, Diskussionsforum zur Stuttgarter Kommunalpolitik, Nr. 1. im Mai 2003, als *.pdf unter: www.stuttgart.de/pds

Alfred Küstler

Warum das Thema Grundsteuer? Die PDS – offene Liste hat als „Leitbild“ die soziale und solidarische Stadt. Sie muss daher auch darlegen, wie das zu finanzieren ist. Soziales statt Großprojekte finanzieren – das geht nur begrenzt. Nicht jedes Großprojekt muss verkehrt sein. Ein anderes Mal hat der Bau begonnen, und es ist dann sinnvoller, ihn zu Ende zu bringen als einzustellen. Oder es gibt gelegentlich auch mal gar keine so richtigen Großprojekte, das Soziale muss aber dennoch finanziert werden. Schön wäre es, also eine Quelle der Finanzierung zu finden, die nicht so sehr von anderen Projekten abhängig ist.

In Betracht kommen da die kommunalen Steuern. Die Steuer, an die man da zuerst denkt, die Gewerbesteuer, ist aber nicht so gut geeignet, sie ist sehr stark konjunkturabhängig, unterliegt sehr stark „steuergestaltenden“ Einflüssen, d.h. Umgehungsstrategien der großen Zahler. Außerdem ist zur Zeit diese Steuer in der politischen Diskussion, ohne dass abzusehen ist, wie sie letztlich umgestaltet werden wird. Es gibt aber noch eine weitere nicht ganz kleine kommunale Steuer, die Grundsteuer.

Zunächst die Zahlen zu den Steuer-

einnahmen im Haushalt der Stadt Stuttgart, wie sie die Kämmerei abliefert:

Grundsteuer, der Gewerbesteuer, davon abzuziehen ist die Gewerbesteuerumlage, die jede Gemeinde an Bund und Länder abzuführen hat. Diese Umlage wurde eingeführt, als die Kommunen einen vom Volumen her größeren Anteil an der Einkommensteuer erhielten (siehe Steuerlexikon). Zu diesem Anteil an der Einkommensteuer kommt hinzu ein Anteil an der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), der 1998 vom Bundestag als Ausgleich für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer beschlossen wurde. Schließlich kommen noch die sonstigen Steuern, das sind die Hundesteuer und die Vergnügungssteuer für Spielautomaten etc.

Nun zu den einzelnen Steuerarten.

Tabelle Nr. 1818

Steuereinnahmen im Haushalt der Landeshauptstadt Stuttgart seit 1995 nach Steuerarten

Jahr	Steuer-einnahmen im Haushalt insgesamt ¹⁾	Davon					Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen
		Grundsteuer A + B	Gewerbe-steuer	Gewerbe-steuer-umlage	Einkommen-steuer	Umsatz-steuer	
1 000 Euro							
1995	630 756	106 596	354 444	63 282	228 701	-	4 296
1996	675 215	112 309	408 832	68 666	218 559	-	4 180
1997	680 860	114 343	447 186	79 086	194 315	-	4 103
1998	729 694	119 812	447 709	93 014	211 831	39 359	3 997
1999	825 518	117 308	525 864	91 413	228 127	41 487	4 145
2000	813 224	114 833	525 797	111 506	233 742	45 952	4 406
2001	663 405	108 173	348 393	68 662	224 999	45 384	5 119
2002	628 939	109 845	330 211	83 732	223 538	44 700	4 377

¹⁾ Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage und Hinzurechnung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer sowie seit 1998 an der Umsatzsteuer. Datenquelle: Kassenstatistik.

Zur Erläuterung: Die gesamten Steuer-einnahmen setzen sich zusammen aus der

Die Anteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sind von der einzel-

A u s d e m S t e u e r l e x i k o n d e s B u n d e s f i n a n z m i n i s t e r i u m s

Gewerbesteuer

Was wird besteuert? Steuergegenstand der Gewerbesteuer ist der Gewerbebetrieb und seine objektive Ertragskraft. Es ist somit gleichgültig, wem der Betrieb gehört, wem die Erträge des Betriebs zufließen und wie die persönlichen Verhältnisse des Betriebsinhabers sind. Das ist der Unterschied zu den Personensteuern (z.B. Einkommensteuer und Körperschaftsteuer), da die Gewerbesteuer nicht die Leistungsfähigkeit einer Person berücksichtigt, sondern eine Sache besteuert, also den Gewerbebetrieb.

Besteuerungsgrundlage ist der Gewerbeertrag. Das ist der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes zu ermittelnde Gewinn aus dem Gewerbebetrieb, vermehrt und vermindert um bestimmte Beträge, die dem Objektsteuercharakter der Gewerbesteuer Rechnung tragen und z.B. eine Doppelbelastung mit

Gewerbe- und Grundsteuer vermeiden sollen. Die Gewerbesteuer wird den Realsteuern zugeordnet.

Wie hoch ist die Steuer? Bei der Berechnung der Gewerbesteuer ist von einem Steuermessbetrag auszugehen. Dieser ist durch Anwendung eines Hundertsatzes von regelmäßig 5 Prozent (Steuermesszahl) auf den Gewerbeertrag zu ermitteln.

Dabei ist für natürliche Personen und Personengesellschaften ein Freibetrag von 24.500 Euro zu berücksichtigen. Für Gewerbeerträge bis 72.500 Euro gelten ermäßigte Steuermesszahlen. Für die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen und für die Festsetzung und Zerlegung des Steuermessbetrags sind die Finanzämter zuständig. Der Steuermessbetrag ist zu zerlegen, wenn im Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) Betriebsstätten in mehreren Gemeinden unterhalten worden sind. Als Zerlegungsmaßstab werden grundsätzlich die Arbeits-

löhne herangezogen. Die Gewerbesteuer wird von der Gemeinde aufgrund des Steuermessbetrags – im Fall der Zerlegung aufgrund des Zerlegungsanteils – mit einem Hundertsatz (Hebesatz) festgesetzt und erhoben, der von der hebeberechtigten Gemeinde zu bestimmen ist.

Wer erhebt diese Steuer? Die Gewerbesteuer ist eine Gemeindesteuer und die wichtigste originäre Einnahmequelle der Kommunen zur Besteitung ihrer öffentlichen Ausgaben. Der Bund und die Länder werden durch eine Umlage an der Gewerbesteuer beteiligt.

Wie hat sich die Steuer entwickelt? (...) Das Bonner Grundgesetz von 1949 wies dem Bund die konkurrierende Gesetzgebung über die Gewerbesteuer zu. Das daraufhin ergangene bundeseinheitliche Gewerbesteuergesetz von 1950 wurde seither mehrmals geändert ... Durch die Gemeindefinanzreform wurden die Gemeinden ab 1970 zur Zahlung der Gewerbesteuerumlage zugunsten von Bund

nen Kommune her wenig beeinflussbar: der Prozentanteil wird vom Bundestag mit Zustimmungspflicht des Bundesrates beschlossen. Bleiben also die Gewerbesteuer und die Grundsteuer, die eingetragenen kommunalen Steuern.

Einzelheiten zu diesen beiden Steuern sind dem Kasten mit den Auszügen aus dem Steuerlexikon des Bundesfinanzministeriums zu entnehmen.

Warum ist die Grundsteuer für die Gegenfinanzierung sozialer Leistungen geeignet?

1. Konjunkturunabhängig

Die Grundsteuer ist – vor allem im Vergleich zur Gewerbesteuer – kaum konjunkturabhängig, der Rückgang in Stuttgart von 1998 auf 1999 kam durch die Hebesatzsenkung von 470 auf 445 Punkte; der nochmalige Rückgang 2001 war eine nochmalige Hebesatzsenkung auf jetzt 420 Punkte – der Gemeinderat hatte dies mit bürgerlicher Mehrheit beschlossen. Die weitgehende Unabhängigkeit der Gewerbesteuer von Konjunkturschwankungen der Wirtschaft ist erklärlich. In die Berechnung der Höhe der Grundsteuer geht wesentlich der Wert des Grundstücks ein, wie er vom Finanzamt festgestellt wird. Der durchschnittliche Wert von Grundstücken in Stuttgart ist in den letzten zehn Jahren ständig gestiegen. Man kann diese Steuer auch als Anteil der Kommunen an diesen Wertsteigerungen betrachten, die ja nicht zuletzt durch kommunale Leistungen zu stande kommen (ein Grundstück ist wertvoller, wenn es gut erschlossen ist, also verkehrsgünstig gelegen, mit Wasser und Abwasser versorgt usw.).

Grundstücksart	Messbetragsvolumen				Fallzahlen			
	1991 Tsd. DM	%	2000 Tsd. DM	%	1991 Stück	%	2000 Stück	%
Mietwohngrundstücke	7.181	18,9	8.583	17,4	24.909	15,5	24.134	13,1
gemischt genutzte Grundstücke mit gewerblichem Anteil bis zu 50 v.H.	1.857	4,9	1.826	3,7	4.630	2,9	4.188	2,3
gemischt genutzte Grundstücke mit gewerblichem Anteil über 50 v.H.	1.081	2,9	1.178	2,4	2.534	1,6	2.417	1,3
Geschäftsgrundstücke	17.185	45,3	23.293	47,4	8.573	5,3	9.854	5,4
Einfamilienhäuser/ Wohnungseigentum	6.144	16,2	9.834	20,0	75.801	47,1	99.017	53,8
Zweifamilienhäuser	2.062	5,5	2.393	4,9	12.477	7,8	12.047	6,6
sonstig bebaute Grundstücke	146	0,4	263	0,5	4.112	2,5	5.040	2,7
Summe bebaute Grundstücke	35.656	94,1	47.370	96,3	133.036	82,7	156.697	85,2
unbebaute Grundstücke	2.132	5,6	1.688	3,4	20.503	12,8	19.677	10,7
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	115	0,3	125	0,3	4.180	2,6	3.437	1,9
Stückländerei	11	0,03	11	0,02	3.124	1,9	4.133	2,2
Summe	37.914	100	49.194	100	160.843	100	183.944	100

2. Grundsteuer zahlen die „Richtigen“

Aus der sehr informativen Aufstellung des Steueramtes über die Entwicklung der Realsteuern in Stuttgart im Zeitraum 1991 bis 2000 haben wir die Tabelle über die Entwicklung der Messbetragssanteile nach Grundstücksarten entnommen.

Der Messbetrag ist der vom Finanzamt festgestellte Betrag, mit dem der Wert des Grundstückes gemessen wird. Aus dieser Tabelle sind mehrere Dinge ablesbar.

a) Größte Wertsteigerung bei Geschäftsgrundstücken und Einfamilienhäusern

Bei den Mietwohnungen stieg die Messbetragssumme um nur 20%; bei den Zweifamilienhäusern, die ebenfalls in die Vermietung kommen, sogar um nur 16% (man denke an die Mietsteigerungen in diesem Zeitraum, die laut Mietspiegel bei über 60% für durchschnittliche Wohnungen lag!). Dagegen stiegen die Messbetragssummen für Geschäftsgrundstücke um knapp 36% und für Einfamilienhäuser bzw. Wohneigentum um 60%.

b) Die Geschäftswelt zahlt

Die Masse des Grundsteueraufkommens kommt aus der Geschäftswelt, und zwar

www.bundesfinanzministerium.de/Service/Lexikon-Steuer-A-Z-.580.htm

und Ländern verpflichtet. Im Austausch für die Gewerbesteuerumlage wurden die Gemeinden mit einem betragsmäßig viel bedeutenderen Anteil der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer ausgestattet. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform wurde die Gewerbekapitalsteuer zum 1. Januar 1998 abgeschafft. Die damit verbundenen Mindererinnahmen der Gemeinden werden durch einen Anteil von 2,2 Prozent am Umsatzaufkommen ausgeglichen.

Das Aufkommen betrug im Jahr 2000 rund 27,0 Mrd. Euro.

Grundsteuer

Was wird besteuert? Die Grundsteuer ist objektbezogen gestaltet und bezieht sich auf Beschaffenheit und Wert eines Grundstücks. Sie ist eine Realsteuer, bei der die persönlichen Verhältnisse des Eigentümers fast ausnahmslos außer Betracht bleiben. Bei bebauten Grundstü-

cken gehört die Grundsteuer zu den Betriebskosten, im Bereich des sozialen Wohnungsbaus geht sie in die Kostenmiete ein.

Die Besteuerungsgrundlage ist für Grundbesitz (Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, private und betriebliche Grundstücke) in den alten Ländern der nach dem Bewertungsgesetz festgestellte Einheitswert nach den Wertverhältnissen 1964. (...)

Die eng gehaltenen Befreiungsvorschriften enthalten Befreiungen insbesondere zugunsten der öffentlichen Hand, der Kirchen sowie gemeinnütziger Körperschaften.

Wie hoch ist die Steuer? Für die Berechnung der Grundsteuer aus dem Einheitswert/Ersatzwirtschaftswert sind zwei Rechengänge erforderlich. Ausgehend vom Einheitswert/Ersatzwirtschaftswert, setzt das Finanzamt den Steuermessbetrag fest, der auch der Gemeinde mitgeteilt wird. Die Gemeinde wendet

auf den Steuermessbetrag den vom Gemeindeparkament beschlossenen Hebesatz an und setzt die Grundsteuer durch Grundsteuerbescheid fest. Der gewogene Bundesdurchschnitt der Hebesätze der Gemeinden insgesamt betrug im Jahr 2000 bei der Grundsteuer A (Betriebe der Land- und Forstwirtschaft) 278 Prozent und bei Grundsteuer B (Grundstücke 367 Prozent).

Wer erhebt diese Steuer? Die Grundsteuer fließt voll den Gemeinden zu. Viele Gemeinden verbinden die Erhebung der Grundsteuer mit der Erhebung der von den Grundstückseigentümern zu entrichtenden Benutzungsgebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung und Entwässerung.

Das Aufkommen betrug im Jahr 2000 8,8 Mrd. Euro. Davon entfielen 0,3 Mrd. Euro auf die Grundsteuer A (Betriebe der Land- und Forstwirtschaft) und 8,5 Mrd. Euro auf die Grundsteuer B (Grundstücke).

Tabelle Nr. 1753

Bruttoausgaben, Einnahmen und reine Ausgaben des örtlichen Trägers der Sozialhilfe in Stuttgart seit 1994

Jahr	Brutto- ausgaben insgesamt	Davon		Ein- nahmen insgesamt	Davon		Reine Ausgaben insgesamt	Davon		
		außerhalb von	in		außerhalb von	in		außerhalb von	in	
		Einrichtungen			Einrichtungen			Einrichtungen		
1 000 Euro										
1994	113 780	100 382	13 398	17 831	14 534	3 296	95 950	85 847	10 102	
1995	116 352	104 819	11 533	17 800	14 721	3 080	98 552	90 098	8 454	
1996	121 741	110 174	11 567	20 329	17 164	3 165	101 412	93 010	8 402	
1997	124 409	115 056	9 353	16 765	14 800	1 949	107 644	100 240	7 404	
1998	125 282	116 371	8 911	16 026	14 816	1 210	109 256	101 554	7 702	
1999	119 427	111 402	8 025	13 375	12 706	670	106 052	98 696	7 355	
2000	133 406	107 232	26 174	18 087	12 059	6 028	115 319	95 173	20 146	
2001	130 888	103 274	27 614	16 011	11 347	4 664	114 877	91 927	22 950	

mit zunehmender Tendenz (1991: 45,3% und 2000: 47,4%) Es folgen die Eigenheim-/Wohnungseigentumsbesitzer, ebenfalls zunehmend, nämlich von 16,2% in 1991 bzw. 20% im Jahr 2000). Nur ein relativ geringer und abnehmender Anteil stammt aus Mietwohngrundstücken. Das ist natürlich für eine sozial orientierte Politik verlockend. Aber es sind noch einige Fragen zu prüfen:

3. „Steuernde“ Wirkungen einer Erhöhung der Grundsteuer

a) Auswirkung auf die Mieten

Wie stark würde sich eine Anhebung der Grundsteuer auf die Mieten auswirken? Meiner Meinung nach nicht sehr stark. So hat z.B. die letzte Verringerung des Hebesatzes um 25 Punkte bei einer Altbauwohnung von 88 Quadratmeter, Außenbezirk, gerade mal 8 Euro jährlich ausgemacht. Das müsste aber mit dem Mieterverein diskutiert werden.

b) „Städtekonkurrenz“

Bei der letzten Senkung haben CDU und FDP vor allem damit argumentiert, Stuttgart habe einen vergleichsweise hohen Hebesatz für die Grundsteuer. Verglichen wurde mit den Umlandgemeinden – meiner Meinung nach unzulässig; der Vergleich muss mit ähnlich großen Städten erfolgen. Und da könnte Stuttgart problemlos den Hebesatz für die Grundsteuer wieder auf 470 Prozent (derzeit 420) anheben. Die Wertsteigerung im Zehnjahresvergleich (Messbetragsteigerung) war in Stuttgart nach Hannover im Bundesvergleich der Großstädte (ohne Stadtstaaten) am höchsten; als siebtgrößte Stadt liegt Stuttgart aber beim Messbetragsvolumen an vierter Stelle: das heißt die Grundstücke in Stuttgart sind vergleichsweise „wertvoll“. Dennoch liegt beim Grundsteueraufkommen, also dem was bei den Grundeigentümern als Tribut abverlangt wird, Stuttgart erst an sechster Stelle. Niedrigere Hebesätze als Stuttgart haben nur noch Bielefeld, München, Nürnberg und Mannheim. Also würde eine Anhebung der Grundsteuer keine spürbaren Nachteile im Standortwettbewerb verursachen (zumal die Grundstückskosten für die Ansiedlung von Geschäftsbetrieben keine solche Rolle spielen).

c) Nachteile für den Einzelhandel?

Hat eine Anhebung der Grundsteuer negative Auswirkungen auf den Einzelhandel durch höhere Mieten? Das ist auch nicht sehr wahrscheinlich. Aus einer Statistik der Stadt Stuttgart über die Büromieten ist ersichtlich, dass diese sehr stark mit der Konjunktur schwanken, aber wenig mit der Grundsteuer zu tun haben.

d) Solidarbeitrag für Sozialinvestitionen

Von vielen Seiten wird darauf hingewiesen, dass Investitionen in Soziales sich für die Stadt tatsächlich auch wirtschaftlich rechnen. Die Industrie und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart hat jüngst in einer Broschüre vorgerechnet, dass jeder Euro in die Kinderbetreuung vier Euro zurückbringen könnte. Qualifizierte Frauen können einer Beschäftigung nachgehen; es muss später weniger in Sozialarbeit investiert werden; ein „Haus des Jugendrechts“ würde vielleicht überflüssig usw. usf.

Es gäbe also auch eine ziemlich vernünftige Begründung für eine Erhöhung der Grundsteuer; sie wäre ein Solidarbeitrag für dringend nötige Sozialinvestitionen. Damit dies auch gesichert und glaubhaft ist, sollten die Einnahmen aus einer solchen Grundsteuererhöhung nicht einfach im allgemeinen Haushalt verschwinden, sondern tatsächlich für soziale Investitionen verwendet werden. Die Bildung eines Sondervermögens „Sozialinvestitionen“ könnte dafür ein geeignetes Mittel sein. Vorbilder dafür gibt es: Der Gemeinderat hat zum Beispiel 1998 einen Teil der Erlöse aus dem Verkauf der Anteile an den Neckarwerken Stuttgart (Strom, Gas, Wasser), nämlich 20 Millionen DM, in ein Sondervermögen (Stiftung) „Zukunft der Jugend“ eingebracht, aus der Projekte gegen die Jugendarbeitslosigkeit finanziert werden sollten. Warum könnten also Mehrereinnahmen aus einer Grundsteuererhöhung nicht in ein Sondervermögen „Sozialinvestitionen“ fließen? •



Bayerische Bürgermeister demonstrierten: BERCHING. Alle Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags unterstützen die entsprechenden Resolutionen, die auf den Bürgermeisterveranstaltungen in ganz Bayern zur Diskussion standen. Mit der Veranstaltung am 15. April 2004 im schwäbischen Mindelheim haben insgesamt über tausend Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die kommunale Finanznot diskutiert. Die versammelten Rathauschefs beklagten insbesondere, dass die von der Bundesregierung angekündigte Gemeindefinanzreform nicht vorankommt und die zu ihrer Ausarbeitung und Umsetzung einberufene Kommission bislang keine brauchbaren Ergebnisse vorzuweisen hat. Die vom Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 14. März angekündigten Finanzhilfen wurden allgemein als unzureichend kritisiert. Auch der Freistaat wurde in die Pflicht genommen: Die Schlüsselzuweisungsmasse muss spürbar erhöht werden und die Bedarfszuweisungsmasse für Gemeinden, die kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, muss erheblich aufgestockt werden.

Breite Zustimmung fand der Vorschlag, am 21. Mai um 14 Uhr in Berching an der Großveranstaltung des Bayerischen Gemeindetags teilzunehmen und dabei zwei Protestresolutionen, gerichtet an die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung, zu verabschieden.
www.dstgb.de

www.rettet-die-kommunen.de: SCHWERTE. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat eine eigene Homepage eingerichtet für Proteste der Kommunen. Darin werden auch einzelne Aktionen vorgestellt, wie z.B. die in Schwerte: „Zahlreiche Kommunen in ganz Deutschland beteiligen sich wie in Schwerte an der Informations- und Mobilisierungskampagne des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unter dem Titel „Rettet die Kommunen“. In Schwerte sind für die nächsten Wochen verschiedene Veranstaltungen und Aktionen geplant. Städtische Dienstfahrzeuge werden mit dem Aufkleber „Rettet die Kommunen“, der eine Stadt in Schieflage zeigt, versehen. In den beiden Rathäu-

sern und weiteren öffentlichen Einrichtungen machen originelle Plakate auf die Aktion aufmerksam. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind zum Mitmachen aufgefordert. Im Rahmen der Foto-Aktion „Marode Straße“ soll der Zustand der städtischen Wege und Straßen dokumentiert werden. Die Schulverwaltung wird einige exemplarisch ausgewählte Fotos von maroden Schulgebäuden, bedingt durch den Sanierungsstau der Vergangenheit, beisteuern. Alle Einsendungen werden gesammelt und anschließend an die zuständigen Landtags-/Bundestagsabgeordneten weiter geleitet. Außerdem werden die Aufnahmen im Citynetz präsentiert.

www.rettet-die-kommunen.de

Deutsche Städetag kritisiert Gemeindefinanzreform: BERLIN. Wenn der Vorschlag der Wirtschaft zur Reform der Gemeindefinanzen realisiert würde, müssten die Unternehmen erheblich weniger als bisher zur Finanzierung kommunaler Aufgaben beitragen, die Bürgerinnen und Bürger dagegen deutlich mehr. Das erklärte der Deutsche Städetag am 25. April 2003 auf der Basis von aktuellen Berechnungen des Bundesfinanzministeriums zu den unterschiedlichen Modellen für die Reform des Gemeindesteuersystems.

Nach geltendem Recht ist die Wirtschaft über die Gewerbesteuer mit 52,4 Prozent an der Finanzierung ihres Standortes beteiligt und die Lohn- und Einkommenssteuerzahler über den kommunalen Anteil an diesen Steuern mit 47,6 Prozent. Nach Verwirklichung des Vorschages der Wirtschaft würde deren Beitrag zur Finanzierung der Kommunen um mehr als ein Viertel auf 36,2 Prozent sinken und der Anteil der Lohn- und Einkommenssteuerzahler auf 63,8 Prozent steigen.

Die bewährte, etwa gleichmäßige Verteilung der Lasten auf Wirtschaft und Bevölkerung bliebe dagegen erhalten, wenn die von den Kommunen vorgeschlagene Modernisierung der Gewerbesteuer realisiert werde – mit einem größeren Kreis von Steuerpflichtigen und einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer um die Zinsen und die Zinsanteile in Mieten, Pachten und Leasingraten. Dass die Gewerbesteuer heute viele Schwächen habe, liege an ihrer aktuellen Ausgestaltung durch den Gesetzgeber. Die Beschränkung auf immer weniger Steuerpflichtige widerspreche dem Prinzip der Steuergerechtigkeit, ebenso wie die sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der Steuervermeidung.

www.staedtetag.de

Zusammenstellung: baf

Recht auf Gewerkschaft in der Globalisierung

Metro-Konzern bekämpft planmäßig das Menschenrecht – Metro-Konzern entlässt über 1.000 Beschäftigte in der Türkei

Vom 3. bis 12. Oktober 2002 waren elf Gewerkschafter aus Mannheim und Heidelberg, davon acht Betriebsräte aus dem Einzelhandel, zwei verdi-Gewerkschaftssekreter und eine Dolmetscherin zu Besuch bei der türkischen Gewerkschaft Tez-Koop-Is. Der folgende Artikel ist ein weiteres Ergebnis dieser gewerkschaftlichen Solidaritätsarbeit. (Red.)

Der deutsche Metro-Konzern, drittgrößter Handelskonzern der Welt, verfolgt seit Jahren systematisch in der Türkei die Gewerkschaft Tez-Koop-Is und deren Mitglieder. Kein Trick ist zu schmutzig, kein Mittel zu schäbig. Übler Druck und wirksame Drohungen sollen der Gewerkschaft die betriebliche Verankerung entziehen. Über 1.000 Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern haben die Gewerkschaft Tez-Koop-Is extrem behindert. Dies alles ist Bestandteil eines planmäßigen Vorgehens des Metro-Konzerns. „Plan Delta“ heißt konzernintern die jahrelange Unterdrückungsmaßnahme. Der Bundesvorstand von ver.di hat dies im März öffentlich gemacht.

Der deutsche Metro-Konzern: International und global

Zum Metro-Konzern gehören die Metro C+C-Märkte, Makro, die Kaufhof-Warenhäuser, die SB-Warenhäuser real, die Extra-Verbrauchermarkte, die Media/Saturn-Fachmärkte und die Baumärkte Praktiker mit insgesamt ca. 191.500 Beschäftigten weltweit in 2.310 Betriebsstätten.

1998 hatte der Konzern seine Töchter Adler-Modemarkte, Reno-Schuhe, vobis und Maxdata in der „Verwertungsgesellschaft“ Divaco mit ca. 34.000 Beschäftigten zusammengefasst. Diese Töchter werden seitdem zum Verkauf angeboten.

Mehrheitlich gehört der Konzern den 3 Familien Beisheim, Schmidt-Ruthenbeck und Haniel.

Der Metro-Konzern entwickelte sich zu einem internationalen Konzern. Er hat derzeit Filialen in 26 Ländern in Europa, Asien (z.B. China, Japan, Indien, Vietnam) und Afrika (Marokko). Konsequent nutzte er den Zerfall des Ostblocks und die Entwicklung zur EU für seine Expansion. Träger der globalen Expansion sind die Metro-C+C-Märkte, Media/Saturn, Praktiker und real. Inzwischen macht der Konzern 46,3 % seines Umsatzes im Ausland.

Nach Wal Mart (USA) und Carrefour/Promodes (Frankreich) ist er der drittgrößte Handelskonzern mit 51,5 Mrd. Euro in 2002.

Unter Berücksichtigung der Divaco-Gruppe ist Metro weltweit die Nr. 2. Die Globalisierung schlägt sich auch in den drei zentralen Steuerungsinstrumenten des Konzerns nieder: Die einzelnen Ver-

triebslinien müssen mindestens 4 % Umsatzrendite und 15 % Nettoverzinsung des eingesetzten Kapitals erbringen und in der weltweiten Konkurrenz auf einem der ersten drei Plätze sein. Fehlende „Internationalisierbarkeit“ und Profitabilität einer Vertriebslinie führt zu ihrem Verkauf. Deshalb wurde 1998 Divaco zusammen mit der Deutschen Bank gebildet; so sind auch die anhaltenden Verkaufsgerüchte bzgl. der Kaufhof-Warenhäuser zu erklären.

Im Zuge der Globalisierung des Konzerns wurde ein Unternehmensleitbild erlassen. Darin heißt es u.a.: „Wir nehmen unsere Verantwortung in der Gesellschaft über die eigentlichen unternehmerischen Funktionen hinausgehend wahr. In den Ländern, in denen wir tätig sind, arbeiten wir aktiv an der Prosperität von Wirtschaft und Gesellschaft mit. Integrität und Gerechtigkeit im Geschäftsauftritt sind unsere Maximen“, sowie „Offenheit, Vertrauen und persönliche Wertschätzung prägen unser Miteinander. Sachliche Meinungsunterschiede sind für uns Ausgangspunkt für gemeinsam getragene Lösungen.“ So weit das geduldige Papier im Jahre 1997.

Der Metro-Konzern in der Türkei und die Gewerkschaft

1990 eröffnete der Konzern seine erste C+C-Filiale in der Türkei; 1997 waren es schon deren sechs. 2002 waren 7 Praktiker und 9 C+C-Filialen sowie 6 real-Märkte eröffnet. Weitere sind in der konkreten Planung.

Ende 2002 waren in diesen Filialen ca. 3.800 Menschen beschäftigt.

1990 begann die Tez-Koop-Is (Gewerkschaft für Handel, Genossenschaften, Erziehung, Büro und schöne Künste) erfolgreich mit der Organisierung.

Mit Metro wurden drei Tarifverträge abgeschlossen. Tez-Koop-Is hatte die gesetzlich geforderte Tariffähigkeit erreicht, nachdem über 50 % der Metro-Beschäftigten Gewerkschaftsmitglied waren.

1997 haben sich die Beziehungen zwischen Metro und der Gewerkschaft total geändert. Seitdem wurden – so Tez-Koop-Is – über 1.000 Gewerkschaftsmitglieder gekündigt. Beschäftigte wurden aufgefordert, ihre Gewerkschaft zu verlassen. Ansonsten drohte die Kündigung. Nachdem der Organisationsgrad so un-

ter 51 % gedrückt wurde, weigerte sich Metro neue Tarifverträge abzuschließen. Nach türkischer Gesetzgebung ist eine freie gewerkschaftliche Betätigung ohne das 51 % Quorum nicht erlaubt. Der Tarifvertrag war zum 30.06.1999 ausgelaufen. In dieser Situation wandte sich Tez-Koop-Is an den internationalen, gewerkschaftlichen Dachverband UNI und die deutschen Gewerkschaften HBV und DAG. Am 10.11.1999 wurde in Frankfurt die sog. „Frankfurter Erklärung“ unterzeichnet. Danach verpflichtete sich Metro, u.a. das Recht der Beschäftigten in den türkischen Filialen auf freie gewerkschaftliche Betätigung und die ILO-Konventionen Nr. 97 und 98 anzuerkennen. So weit das geduldige Papier.

Metro-Konzern bekämpft Gewerkschaft nach Plan Delta

Zeitgleich organisierte der Konzern die planmäßige Zerschlagung der Gewerkschaft. In einem jetzt von ver.di veröffentlichten Protokoll eines „Besuchsbericht Türkei 08.09.1999 – Gewerkschaften Metro C+C“ steht:

„Die Herabsetzung der gewerkschaftlichen Einflußnahme war Teil einer langvorbereiteten Strategie (Delta-Plan).“

Auch die Beweggründe sind eindeutig: „Die materiellen Inhalte des Kollektivvertrages stellten einen gravierenden Wettbewerbsnachteil dar.“ Und weiter: „Hinzu kam, dass die Gewerkschaften alles andere als einen vernünftigen sozialen Dialog gesucht haben. Im Gegenteil waren deren Aktivitäten von abgehobenen Forderungen, gepaart mit extremen Aktionen, gekennzeichnet.“ Und weiter: „In manchen Fällen haben im Unternehmen beschäftigte Gewerkschaftsfunktionäre selbst um Auflösung des Arbeitsverhältnisses nachgesucht. In Einzelfällen wurde von Unternehmensseiten mit Abfindungen – legal – ,nachgeholten‘.“ (!!!) Und weiter: „Damit sank der Organisationsgrad bis Ende Juni des Jahres (=1999) beträchtlich unter die 51%-Marke.“ Und weiter im Protokolltext: „Die Beendigung von gewerkschaftlichen Aktivitäten und verbunden damit die Schließung deren Betriebsbüros wurde zu dem Zeitpunkt vorgenommen, in dem der Organisationsgrad auf unter 51% herabgesunken war. Die Vorgänge waren legal.“ Und weiter im Protokolltext: „Ferner wurde das weitere Vorgehen gegenüber den lokalen Gewerkschaften sowie der Euro-FIET besprochen. Die Geschäftsleitung erklärt, dass die Aktivitäten von Tez-Koop ultimativ eingestellt sind. Eine Wiederaufnahme eines sozialen Dialogs käme allenfalls dann in Frage, wenn die Gewerkschaft eine gemäßigte Richtung verfolge, was sie mittel- bis langfristig un-

ter Beweis stellen muss.“

Protokollführer war der deutsche Metro-Manager K. Dittert. Weitere Gesprächsteilnehmer die deutschen Metro-Manager Dr. Loose (Arbeitsdirektor), Marschaus und Fettweis sowie von türkischer Metroseite „Landesmanager“ Egin, „Vertriebsleiter“ Engiz und „Personalleiter C+C“ Meric.

Das Verhalten des Metro-Konzerns stellt sich aus Sicht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft konkret wie folgt dar:

- Gewerkschaftsmitglieder erhalten keine oder geringere Gehaltserhöhungen als Nichtmitglieder.
- Aktive der Gewerkschaft werden überwacht und mit falschen Beschuldigungen traktiert.
- Der Werkschutz wurde gegen Aktive eingesetzt.
- Bei der Einstellung wird nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft gefragt.
- Eingestellt wird oft nur als Teilzeit, wobei die Arbeitszeit aufgestockt wird, wenn kein Eintritt in die Gewerkschaft

K.K. bestätigt, dass die Notargebühren für diejenigen, deren Namen unten aufgeführt werden und von der Mitgliedschaft der Gewerkschaft austreten, von der Leiterin des Personalbüros der Filiale des Metrogroßmarktes in Adana, Cagla Cengiz, bezahlt wurde. Auch die Personen, deren Namen im folgenden aufgeführt werden, erklären hiermit, dass ihre Notargebühren zum Austreten von der Leiterin des Personalbüros der Filiale des Metrogroßmarktes in Adana, Cagla Cengiz übernommen wurden.“ (Es folgen Namen mit Unterschriften, die Unterschriften des Notars und eines Rechtsanwaltes). Datum: 17.12.1999

Anmerkung: Der Ein- und Austritt in bzw. aus einer Gewerkschaft muss laut Gesetz vor einem Notar erfolgen. Die Gebühren hat der Beschäftigte zu tragen. Trotz dieser jahrelangen Repressalien gelang es Tez-Koop-Is, die Gewerkschaft immer wieder aufzubauen. Dazu konnte sie immer mehr Solidarität aus Deutschland und von FIET/UNI erfahren.



erfolgt.

- Im Betrieb werden die Gewerkschaftsbüros verschlossen, auch zugenagelt, die Telefone gekappt.

Von Tez-Koop-Is mit Dokumenten belegt sind auch die beiden folgenden Fälle:

Eine seit 1990 stellvertretende Metro-Geschäftsführerin „wurde seit 1998 von der Leitung des Unternehmens gezwungen, Druckmaßnahmen unter den Beschäftigten anzuwenden, um sie zum Austritt aus der Gewerkschaft zu bewegen...“ „In der Zeit, in der Tez-Koop-Is sich um weitere Bestätigung als zuständige Gewerkschaft bemühte, lehnte sie es ab, weiterhin ähnliche Druckmaßnahmen gegenüber den Beschäftigten auszuüben. Daraufhin wurde sie aus lediglich diesem Grund am 21.09.1999 entlassen.“

„Hiermit wird durch den 10. Notar

Solidarität gegen Metro wächst

Ab 2000 kam es zu intensiven Beziehungen zwischen Tez-Koop-Is Istanbul und HBV Mannheim/Heidelberg. Bei Besuchen und auf Seminaren entstanden kollegiale und freundschaftliche Beziehungen. Die HBV-Betriebsräte aus den Filialen von real, Kaufhof und Metro C+C machten die Unterdrückungsmethoden des Metro-Konzerns zu Themen auf Betriebsversammlungen, Betriebsrätekonferenzen und in Gesamtbetriebsräten. Unterschriften wurden gesammelt. Der Konzern spürte die Solidarität und Unruhe. Am 29.10.2002 wurde auf der bundesweiten Betriebsräteversammlung der Kaufhöfe eine Resolution einstimmig nach Diskussion verabschiedet.

Die Mannheim/Heidelberger Betriebsräte im Metro-Konzern sammeln seitdem auch auf Betriebsversammlungen und in den Kantinen Geld für die türkischen

Kollegen/innen.

Das Soli-Konto: Heinz-Günter Lang / Ursula Kohr, Postbank München, BLZ: 700 100 80, Konto-Nr.: 504810809

Die österreichische Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr erklärte mit den dortigen Metro-Betriebsräten ihre Solidarität, ebenso der ver.di-Bezirk Berlin. Ende 2002 erreichten die Repressalien und Kündigungen in den türkischen Metro-Filialen einen neuen Höhepunkt.

Im August 2002 hatte laut Tez-Koop-Is der Metro-Generaldirektor Türkei, Hakan Engin, zugegeben, dass in den letzten vier Jahren 1.500 Beschäftigte entlassen wurden.

Der ver.di-Bundesvorstand verstärkte öffentlich die Solidarität. Der Vorsitzende von Tez-Koop-Is, Sadik Özben, erläuterte auf der Sitzung des Gewerkschaftsrates am 25./26.02.2003 die Situation. Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und Handelsvorstandsmitglied Franziska Wiethold schrieben den Vorstandsvorsitzenden der Metro-Group, Dr. H.J. Körber, an. Inzwischen war es am 14.02.2003 zu einem schriftlichen „Memorandum zur Sozialpartnerschaft in der Türkei“ gekommen.

Dieses Memorandum wurde als Bereitschaft des Metro-Konzerns zur Beendigung der Repressalien und als Erfolg der Solidaritätsbewegung gesehen. Für den 17.03.2003 war zusätzlich ein Treffen von Metro, Tez-Koop-Is und UNI in Istanbul vereinbart zur Konkretisierung des Memorandums.

Aber wieder galt: So weit das geduldige Papier.

Der Metro-Konzern verschärft den Konflikt und bedient sich einer anderen Gewerkschaft

Während die Gewerkschaften eine Entschärfung des Konfliktes sahen, verschärfe der Metro-Konzern – schon ganz in der Tradition von 1999 – den Druck. Erneut gab es Drohungen und Repressalien.

Gewerkschaftsmitglieder mussten aus Tez-Koop-Is austreten und ebenso wie Unorganisierte Mitglied einer anderen Gewerkschaft, nämlich Socyal Is werden. Offensichtlich hatte Metro mit Socyal Is einen Deal gemacht. Zunächst traten Metro-Führungs Kräfte der Socyal Is bei. Socyal Is ist im Handel eine absolut unbedeutende Gewerkschaft, mit wenigen Mitgliedern und bis jetzt ohne Mitglieder im Metro-Konzern. Die Führungs Kräfte zwangen als neue Gewerkschaftsmitglieder die Beschäftigten ebenfalls ihrer Gewerkschaft Socyal Is beizutreten.

Eidesstattliche Versicherungen belegen, dass von Beschäftigten z.B. am 06.03.2003 die Personalausweise eingesammelt wurden. Kopien der Ausweise wurden benutzt, um Beitrittsformulare von Socyal Is auszufüllen. Die Unterschriften wurden mit der Androhung von Kündigungen erpresst. Gruppenweise wurden Beschäftigte in Fahrzeugen des Arbeitgebers zum Notar gefahren, der die

„Eintritte“ bestätigte. Druckmittel waren auch die Androhung von Gehaltskürzungen bzw. die Ankündigung, die Gehälter nicht zu erhöhen.

Der Metro-Konzern versucht, Tez-Koop-Is durch Ausnutzen der in der Türkei gegebenen Gewerkschaftskonkurrenz aus den Betrieben zu treiben. Dabei sind ihm keine Tricks zu schmutzig und keine Mittel zu schäbig.

Der Konzern wirft Tez-Koop-Is eine zu harte und wenig kompromissbereite Haltung in der Gewerkschaftsarbeit vor und verspricht sich von Socyal Is Linderung bzw. Besserung.

Pikant sind folgende Tatsachen:

Socyal Is ist Mitglied im konfliktbereiten, als politisch links geltenden Dachverband Disk und gilt allgemein als unbedeutend und wirtschaftsfriedlich.

Tez-Koop-Is ist Mitglied im eher konfliktscheuen, eher staatsnahen Dachverband Türk-Is und gilt als aktiv, aufstrebend und konfliktfähig.

Verschärfung des Konfliktes erfordert noch größere Solidarität

Der Metro-Konzern scheut offensichtlich vor nichts zurück. Weder juckt ihn das türkische „Gesetz über Gewerkschaften, Nr 2821“ und der dortige Artikel 25: „Arbeiter... dürfen nicht gezwungen werden, in der Gewerkschaft zu bleiben oder aus der Gewerkschaft auszutreten“ noch die international gültigen Sozialstandards der ILO.

Wie wird sich der Konzern nun gegenüber ver.di und UNI verhalten? Ver.di hat am 19.03.2003 auf einer Pressekonferenz in München öffentlich Position bezogen. Frank Bsirske forderte den Vorstand der Metro auf, unverzüglich die Repressalien gegen Mitglieder von Tez-Koop-Is einzustellen und alle anderen antigewerkschaftlichen Aktivitäten zu stoppen.

Der UNI-Abteilungsleiter Handel, Jan Fürstenberg, warf dem Unternehmen Vertragsbruch und Verrat an dem Akommen vor.

Ver.di und UNI planen eine Vielzahl von Protesten und eine internationale Solidaritätskampagne.

Möglichkeiten zur Solidarität

- Protestbriefe an Vorstandsvorsitzenden der Metro-Group Dr. H.J. Körber, Metrostraße 1, 40235 Düsseldorf
- Geldspenden auf das o.g. Soli-Konto
- öffentliche Solidaritätsveranstaltungen gegen Metro (der Verfasser dieses Artikels steht als Referent zur Verfügung)
- Nutzt den 1. Mai gegen Metro und für die internationale Solidarität
- Beteiligung an Aktionen zur Hauptversammlung der Metro-Aktionäre im Mai

28.04.2003

Anton Kobel Geschäftsführung Fachbereich Handel von ver.di Mannheim

Nur ein Drittel der Betriebe bildet aus. – HB, Mittwoch, 30.4.03.

„Das Problem ist eine Folge der dramatischen wirtschaftlichen Lage“, so BDA-Präsident D. Hundt. Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften hatten einen Ausbildungsgipfel anberaumt, um der Tatsache abzuheften, dass ca. 600.000 Menschen unter 25 Jahren ohne Beschäftigung dastehen, 250.000 Jugendliche Sozialhilfe und weitere 64.000 Arbeitslosenhilfe beziehen. Schröders Versprechen, dass „alle Jugendlichen, die können und wollen“, in diesem Jahr einen Arbeitsplatz bekommen könnten, sei leider nicht „in vollem Umfang in die Tat umzusetzen“. Im März fehlten für eine halbe Million Nachfragender mehr als 60.000 Stellen mehr als 2002.

Deutsche Wirtschaft kritisiert Vierergipfel. HB, Donnerstag, 24.4.03. – „Die Bundesregierung hat bislang versäumt, eine politische Position zur wehrtechnischen Industrie zu beziehen“, so H. Harff, Geschäftsführer des Ausschusses Verteidigungswirtschaft beim BDI. Dies sei aber eine Voraussetzung, um Fortschritte bei einer EU-weiten Verteidigungspolitik und gemeinsamen Rüstungsprojekten zu erzielen. Für beispielhaft hält Harff das Bekennen des britischen Verteidigungsministeriums zur eigenen Rüstungsindustrie.

Reform der Handwerksordnung in Sicht. – Widerstand des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) gegen die Gesetzentwürfe der Bundesregierung ist programmiert. Die Gründung eines Handwerksunternehmens in Deutschland soll dadurch einfacher werden, weil nicht mehr an den Meisterbrief geknüpft. Von 94 Meisterberufen will Wirtschaftsminister Clement 62 frei geben. Abgeschafft werden soll auch das Inhaberprinzip. Danach kann jeder einen Handwerksbetrieb gründen, der entsprechende Fachleute einstellt. Der ZDH widerspricht Clement bei grundlegenden statistischen Daten. So zählt der ZDH eine Million Beschäftigte mehr im Handwerk als Clement. Auch der Behauptung, dass die Zahl junger Meister für anstehende Betriebsübernahmen aus Altersgründen nicht ausreichen wird, widerspricht der ZDH.

Kreditanstalt für Wiederaufbau als Förderbank gefürchtet. HB, Freitag/Samstag, 2./3.5.03. – Der BDI, der DIHT und die Handelsverbände kritisieren die generelle Aufweichung des Hausbankenprinzips. Die sorgenvolle Nachfrage der im Wettbewerb stehenden Banken zum neuen Förderbankenkonzept der Regierung sei berechtigt, so CDU/CSU.

Presseauswertung: rst

Um einen Sonderparteitag wird die PDS wohl nicht herumkommen. Wenn die Vorsitzenden der östlichen Landesverbände, die den großen Teil der Mitglieder stellen, das zusammen mit der Parteivorsitzenden wollen, ist das ein Fakt. Ob man das nun gut findet oder nicht, ist dabei unwichtig. Die Frage bleibt, wie konnte es dazu kommen?

Die Hauptursache dieser Entwicklung ist nicht beim neuen Parteivorstand zu suchen, der verstritten ist, sondern bei den Reformlinken, die sich auf dem ordentlichen Parteitag verweigert haben. Sie dachten, sie können den neuen Parteivorstand „boykottieren“ und in die Knie zwingen. Dieses Konzept war von Anfang an falsch. Es ist in gewisser Weise aufgegangen, der Vorstand scheint nicht mehr handlungsfähig, doch es hat die tiefe Krise der PDS weiter verschärft. Bis heute sind die Reformlinken nicht in der Lage, diesen Fehler einzugehen. Auf dem Friedensparteitag am 5. April hätten sie dieses Thema ansprechen können. Nichts war zu hören. Jetzt sucht man die Flucht nach vorne und fordert einen Sonderparteitag. Die andere Seite ist, dass die Parteivorsitzende Zimmer, aber auch der ganze Parteitag, nur ganz vereinzelt Reformlinke einbinden konnte. Das war der erste große Fehler oder die Schwäche auch von Gabi Zimmer, dass es nicht gelungen ist, Roland Claus dafür zu gewinnen, als Bundesgeschäftsführer zu kandidieren. Der Parteitag hätte ihn gewählt. Roland Claus tritt nun auch wieder auf die Bühne und antwortet in der „Welt“ auf die Frage nach dem Verbleib der Parteivorsitzenden Zimmer: „Da muss man sehen, inwiefern die Landesverbände das mittragen.“

Gabi Zimmer sollte möglichst schnell einen Personalvorschlag unterbreiten, damit sich die Parteitagsdelegierten orientieren können. Es sind nämlich dieselben wie im letzten Herbst. Jetzt geht es darum, möglichst alle Kräfte im Rahmen des bevorstehenden Parteitags zu integrieren. Da kann man auch hart kämpfen, aber bitte mit offenem Visier und mit dem Ziel, niemanden auszutragen und alle mitzunehmen.

Die Gefahr ist groß, dass gerade im Westen dieser Konflikt großen Schaden hinterlassen wird.

Und so eine Integration muss auch mit Inhalten verbunden sein. Wie sieht die Kritik der PDS an Schröder aus, und welche Reformvorschläge bietet sie an? Wenn hier nichts Konkretes rüberkommt, zumindest für eine Reformpolitik im Osten, wird die Öffentlichkeit zu Recht nach dem Nutzen der PDS fragen.

Jörg Detjen

Stellungnahme von Gabi Zimmer vom 5. Mai
Nun weiß ich ja, dass Sie vor allem wegen

unsrer Krise gekommen sind. Und Sie haben ja Recht: Wenn die PDS nicht schnell aus dieser Krise kommt, kann sie sich ihren Protest und ihre Gegenvorschläge schenken.

Es gibt eine starke, von allen Landesvorsitzenden und vielen weiteren Spitzenfunktionären der Partei vertretene Forderung nach einem Sonderparteitag noch vor der Sommerpause, und ich vertrete diese Forderung ebenso, denn es ist in der Tat notwendig, mit dem Votum des Parteitages die erforderlichen Klarheiten zu schaffen. Deshalb bitte ich die Delegierten des Parteitages auch um ihre Unterstützung.

Eine Partei kann nicht arbeiten, wenn sie einen Bundesgeschäftsführer hat, der gegen die Parteivorsitzende arbeitet und abstimmt. Parteivorsitzende und Bundesgeschäftsführer müssen an einem Strang ziehen – immer. Sonst muss – natürlich – der Geschäftsführer seine Konsequenzen ziehen.

Und auch ein Mann wie Diether Dehm muss sich irgendwann einmal entscheiden, ob er eine starke Führung der Partei will oder lieber für seine eigenen Grüppchen und Intrigengemeinschaften zu agieren gedenkt.

In den Monaten, die seit dem Geraer Parteitag vergangen sind, hat sich die gesamte Partei ein Bild davon machen können, was aus den Beschwörungen der beiden Genannten, die sie dem Geraer Parteitag angeboten hatten, in der Zwischenzeit geworden ist.

Es geht hier überhaupt nicht um innerparteiliche Querelen, sondern um tief politische Differenzen, die über die Zukunftsfähigkeit der PDS entscheiden.

Es geht im Kern um die notwendige Auseinandersetzung, um ein qualifiziertes linkes Politikangebot und damit um die dringende Konkretisierung programmatischer Debatten. Wir haben in dieser Gesellschaft einen Gestaltungsanspruch und damit eine Verantwortung, nach produktiven Antworten für eine Reihe von Politikfeldern zu suchen.

Ein linkes Politikangebot – und darin bestehen die Differenzen – kann nicht im Status quo verharren und allenfalls Widerstand und Kritik am Kapitalismus als hinreichenden politischen Vorhaben begreifen.

Der Parteitag wäre demnach natürlich schlecht beraten, wenn er sich in einem verkürzten Verständnis auf Personalfragen konzentrieren würde.

Denn es stimmt: Die Partei insgesamt ist in einer Krise. Die Zusammensetzung des Parteivorstandes hängt ja eng damit zusammen.

Ich habe mir natürlich Gedanken darüber gemacht, welchen Anteil ich persönlich, als Parteivorsitzende daran habe.

Wenn es gelingt, in der Partei andere Bedingungen für eine Arbeit als Vorsitzende zu schaffen, auch mit einem Per-

sonal, dem es in erster Linie um die Zukunft der Partei geht, schließe ich nicht aus, für den Vorsitz wieder zur Verfügung stehen.

Die Krise hängt überdies zusammen mit der noch immer nicht überwundenen Lähmung der Landesverbände. Sie zeigt sich wohl am drastischsten darin, dass bisher noch keiner von ihnen in der Lage gewesen ist, mit der Kraft der in den Ostländern ja vorhandenen starken Landtagsfraktionen, Initiativen zu entwickeln, die eine bundesweite Ausstrahlung und Wirksamkeit entfalten konnten.

Das Krisenbewusstsein ist noch viel zu schwach ausgebildet, fast überall wird noch so gearbeitet, als habe es die Niederlage vom 22. September gar nicht gegeben.

Der Sonderparteitag muss in dieser Frage ein gründliches Umdenken einleiten.

Sie wollen natürlich wissen, mit welchen Vorstellungen ich selbst in diesen Sonderparteitag gehe.

Ich stehe für die Mitte der Partei und nicht für einen ihrer Flügel. Diese Mitte ist kein meinungs- und positionsloses Vakuum, sondern ein Kraftzentrum. Wer an meiner kräftigen Verankerung in einer solcherart verstandenen Mitte seine Zweifel hat, der werfe einen Blick auf meine Entscheidungen seit Gera:

Ich stehe mit aller Konsequenz für den unter meiner Leitung ausgearbeiteten Entwurf des neuen Parteiprogramms und dafür, dass dieser Entwurf im Herbst in Chemnitz als Programm beschlossen wird.

Es ist unter meiner Leitung ein umfassender Diskussionsprozess in Gang gesetzt worden. Die Genossen Dieter Klein, Michael und André Brie und viele andere haben in die Veränderungen und Überarbeitungen eine unglaublich intensive Arbeit eingebracht, und dies muss nun zu einem klaren Ergebnis geführt werden.

Wer diesen Entwurf nicht will, wer immer wieder an seinen Grundsätzen rüttelt, will eine andere PDS, will eine Partei der Rückwärtsgewandtheit, und das ist mit mir nicht zu machen.

Inhaltlich gibt es in der Programmdiskussion einige Punkte, die für mich eine wesentliche Grundlage für die weiteren Debatten darstellen.

1. Zuerst geht es um unser Verständnis vom Sozialismus als Ziel, als Menschenrechtsbewegung und Wertesystem.
2. Ich gehe von einem Gesellschaftsideal aus, in dem die freie Entfaltung jedes einzelnen Menschen – als Bedingung für die freie Entfaltung aller gilt.
3. Gerade von dieser Fähigkeit visionären Denkens ausgehend, haben wir die Aufgabe, die DDR und die gesamte Geschichte des sozialistischen Versuches entschieden kritisch zu analysieren.

sieren. Der Zweck heiligt keine Mittel. Menschenrechtsverletzungen, begangen im Namen des Sozialismus, sind Verbrechen an Menschen und am Sozialismus.

4. Zu den grundlegenden Fragen „Was braucht ein jeder Mensch für ein selbstbestimmtes Leben in Würde?“ gibt es für mich keine Alternative. Dazu gehört auch die Idee der Freiheitsgüter, die den Programmentwurf kennzeichnet.
5. Die Suche nach Entwicklungspotenzialen in dieser Gesellschaft, nach dem schrittweisen Mehr an Gerechtigkeit und Demokratie ist entscheidend – auch für unsere Politikfähigkeit heute.
6. Entscheidend im Programmentwurf sind für mich umrissene gesellschaftliche Reformalternativen auf konkreten Politikfeldern für die nächsten 10 bis 15 Jahre.
7. Mir ist all das wichtig, was verdeutlicht, dass sich die PDS klar von einer patriarchal geprägten marxistisch-leninistischen Partei unterscheidet und auch keine „normale“ ebenfalls patriarchal geprägte Partei im parlamentarischen System der Bundesrepublik ist.

Ihre Krise ist nicht unbedingt untypisch und findet in anderen Formen auch bei anderen politischen Akteuren statt. Die Art ihrer offen geführten Bewältigung sollte uns aber unterscheiden von anderen.

Hier führe ich dann auch gern und energisch den Streit zur Strategie der PDS.

Deshalb stehe ich mit dieser Konsequenz auch für die Parteireform. Im Mai wird die entsprechende Arbeitsgruppe weitere Ergebnisse vorlegen.

Michael Chrapa und anderen ist zu danken für eine außerordentlich intensive Arbeit.

Ich stehe für die Erarbeitung einer Strategie der Partei bis zu den Bundestagswahlen 2006 mit den Höhepunkten Europawahlen 2004 und Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen ebenfalls im Jahre 2004.

Ich habe für die Erarbeitung dieser Strategie eine Arbeitsgruppe einberufen, deren Moderation dankbarerweise Roland Claus übernommen hat. Die Ergebnisse werden ebenfalls im Mai vorliegen.

Über die „Agenda Sozial“ habe ich bereits gesprochen.

All dies sind inhaltliche Entscheidungen, die den Kurs der Partei in den nächsten Monaten bestimmen.

In der Mitte der Partei zu stehen, heißt für mich auch, das Spannungsfeld zu leben, das zwischen den Regierungsbeteiligungen auf der einen und den unterschiedlich ausgeprägten Oppositionsaufgaben auf der anderen Seite besteht.

Ich möchte eine Atmosphäre erzeu-

gen, in der Erörterung und Rechenschaftslegung über Erfolg oder Misserfolg des einen wie des anderen das Normale sind.

Wir stehen als Gesamtpartei in der Pflicht – das darf nicht vergessen, wer reagiert, und auch nicht, wer opponiert.

Das Spannungsfeld ist kein neues, es wird uns immer bleiben, und es kann nicht einfach aufgelöst werden, sondern wir müssen in ihm leben und es für unsere Politik fruchtbar machen.

Eine der großen Marxschen Stärken waren die klare Analyse und die aufklärerische Kommunikation darüber.

Ich denke, dass unser Sonderparteitag ein aufklärerischer sein muss. Wir müssen uns über uns selbst aufklären, offen, rückhaltlos, und es müssen Entscheidungen getroffen werden, die ein mutiges und fröhliches gemeinsames Handeln ermöglichen.

„Die PDS ist in der Mitte auseinander gefallen“

Ex-Fraktionschef Roland Claus will eine Rückkehr der Reformer nicht ausschließen – „Der Vorstand hat keine Autorität“

DIE WELT: Herr Claus, was halten Sie von Gerhard Schröders Reformagenda 2010?

Roland Claus: Die finde ich ausgesprochen kritikwürdig. Neu ist doch, dass heute ein viel größerer Teil der Gesellschaft von sozialer Unsicherheit betroffen ist, als es noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten wurde. Die Sanierung des Sozialstaates auf Kosten der sozial Schwächsten darf nicht sein. Die riesigen Probleme im Osten spielen in der Agenda gar keine Rolle.

DIE WELT: Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, diese Argumente der Linken kennt man.

Claus: Wer sich die Probleme anschaut, wird merken, dass das auch noch nicht reicht. Die Linke sollte in dieser Diskussion keine Reformunwilligkeit an den Tag legen. Wenn man wirklich will, wie es in unserem Parteiprogramm heißt, dass individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht gegeneinander definiert werden, dann muss es auch Überlegungen über die bekannten linken Konzepte hinaus geben.

DIE WELT: Ist das Kritik an den SPD-Linken?

Claus: Ich meine das vor allem als Selbstkritik, weil auch in der PDS die Zeit stehen geblieben scheint. Es gibt wenig Bereitschaft, mit einem kühneren Wurf gesellschaftliche Alternativen zu denken. In vielen Bereichen wäre das zwar nicht einfach, aber durchaus machbar.

DIE WELT: Stattdessen macht die PDS nur noch mit innerparteilichen Querelen Schlagzeilen.

Claus: Mit nur noch zwei Abgeordne-

ten ist es ungeheuer schwierig, im Bundestag Position zu beziehen. Gerade deshalb hätte der Parteivorstand viel aktiver werden müssen. Doch wenn die Linke nur noch dadurch auffällt, dass sie all das mit Zähnen und Klauen verteidigt, was sie gestern noch bekämpft hat, dann ist das zwar historisch legitim, aber noch kein verbendes Konzept.

DIE WELT: Erleben wir einen Machtkampf oder einen politischen Richtungsstreit in der PDS?

Claus: Auf dem letzten Parteitag in Gera war von der Mehrheit ein politischer Richtungswechsel gewollt. Daran sollte man ruhig erinnern.

DIE WELT: Der Berliner PDS-Landeschef Stefan Liebich hofft, dass Schröders Reformkurs SPD-Linke in die PDS treibt. Halten Sie das für realistisch?

Claus: Man soll die Hoffnung nicht aufgeben. Aber das wäre nicht die Chance zur Revitalisierung der PDS. Ich glaube, da haben wir ja schon entsprechende Erfahrung mit Leuten gesammelt, die ihre Schlachten, die sie in der SPD nicht schlagen konnten, bei uns fortzusetzen versuchen.

DIE WELT: Könnten in einem neu gewählten Vorstand auch die Zimmer-Widersacher Dehm und Hikschi wieder vertreten sein?

Claus: Das würde uns nicht voranbringen. Der im Herbst gewählte Vorstand hat keine Autorität gewinnen können. Doch es kann nicht darum gehen, einzelne Leute loszuwerden, wir müssen uns inhaltlich auseinander setzen.

DIE WELT: Wurden die Reformkräfte in der PDS überschätzt?

Claus: Was in Gera passiert ist, war nicht irgendeine Form von Flügelkampf, sondern eine Kernspaltung. Das Projekt ist in der Mitte auseinander gefallen.

DIE WELT: Was erwarten Sie von einem Sonderparteitag?

Claus: Es kann nicht sein, dass wir nun so tun, als wäre damit alles wieder gut. Weder können die Reformer mit Rechthaberei antreten, noch kann man ihnen abverlangen, wie reuige Sünder zurückzukehren. Dann machen sich alle lächerlich.

DIE WELT: Kann Gabi Zimmer Parteivorsitzende bleiben?

Claus: Da muss man sehen, inwiefern die Landesverbände das mittragen.

DIE WELT: Wie stark gefährdet die Parteikrise die PDS-Regierungsbesetzungen in Berlin und Schwerin?

Claus: Da ist zum Glück schnell nach dem letzten Parteitag durch die Vorsitzende klargestellt worden, dass sie nicht für einen Ausstieg aus den Koalitionen ist. Unsere Partner wissen, dass wir die Regierungsbündnisse nicht gefährden wollen.

Es fragte Frank Käßner. Die Welt, 6. Mai 2003

Weitere Stellungnahmen unter:
www.pds-online.de

Imperialistische Metropole versus Solidarische Stadt

Entwicklungstendenzen kommunaler Politik

Vorbemerkung

Der Kurs Wirtschaft der Linken Schule hat sich für den Winter 2003 sowie für den Sommerkurs 2003 die Bau- und Wohnungswirtschaft zum Thema genommen. Eine kurze Mitteilung über die Texte, die im Winter verhandelt worden sind, wird zusammen mit der Ankündigung für den Sommerkurs in den Politischen Berichten erscheinen. Der folgende Text versucht eine Problemstellung, die sich in der Diskussion der Winterschule herausgeschält hat, für die politische Diskussion nutzbar zu machen.

Die Darlegung soll zeigen, dass sowohl „Imperialistische Metropole“ wie „Solidarische Stadt“ politisch reale Perspektiven darstellen und dass sich das weite Feld der Meinungsverschiedenheiten in der Diskussion über Ziele und konkrete Schritte von Stadtentwicklung zwischen diesen Polen ordnet.

Eine Situation des Umbruchs

Zur Zeit der entstehenden industriellen Gesellschaft bezieht sich das Land auf die Stadt, die Provinz auf die Hauptstadt, die für den Staat steht, der einen nationalen Markt umgrenzt, in dem gleiches Recht durchgesetzt und – je nach den geschichtlichen Vorlauf unterschiedlich ausgeprägt – kulturelle Güter von den Bürgerinnen und Bürgern geteilt werden oder auch umstritten sind.

Die gesellschaftliche Arbeitsteilung wird, sobald die Naturalabgaben abgeschafft sind, durch zunehmende Produktion für den Austausch und Markt entwickelt.

Neben dieser durch den Markt vergesellschafteten Sphäre privater Produzenten besteht die Sphäre der staatlichen Ausgaben. Bereits in der vorbürgerlichen Zeit können für Funktionen des Staates zwei Momente unterschieden werden. Zum einen regelt der Staat den Verkehr der Privaten als Gesetzgeber und Ordnungsmacht. Als solcher kostet er nur, ist aber als Garantie- und Sanktionsmacht aller Verträge nicht unnütz, denn schließlich wünscht kaum jemand, wirtschaftliche Probleme – der Käufer zahlt die Ware nicht, der Arbeitgeber den Lohn nicht, der Mieter die Miete nicht, der Schuldner den Kredit nicht zurück etc. – per Faustrecht zu regulieren.

Zum anderen stellt der Staat öffentliche Güter zur Verfügung, namentlich die Brücken, Straßen und sonstigen Verkehrsgebäuden, aber auch Hospitäler, Schulen usw., Einrichtungen die für die Aus-

dehnung der Produktion und die Vertiefung der Arbeitsteilung von entscheidender Bedeutung werden.

Mit der Entwicklung der industriellen Produktion stellen sich im Lauf des 20. Jahrhunderts (vor allem zum Ende des 20. und im Übergang zum 21. Jahrhundert hin) zwei Gegebenheiten heraus, mit denen Politik zu rechnen hat:

a) Der Weltmarkt und die damit mögliche internationale Arbeitsteilung erweist sich allen auf nationale Räume berechneten Entwicklungskonzepten überlegen.

b) Die privat organisierte Produktion von Marktgütern ist in steigendem Maße auf Vorleistungen der Öffentlichkeit angewiesen; in den letzten Jahrzehnten schätzt sich sogar heraus, dass die Berufe, die in der modernen Industrie und den neuen Dienstleistungen benötigt werden, im Arbeitsprozess nicht mehr erlernt werden können. Das Verbindung von beruflicher Bildung bei Teilnahme am Arbeitsprozess löst sich auf. Die Privatwirtschaft ist nicht mehr in der Lage, ihre eigenen Arbeitskräfte heranzubilden. Sie bedarf dafür eines immer weiter ausgreifenden öffentlichen Schulwesens, das Berufsanhänger auf den Markt loslässt.

Parallel dazu zeigt sich in den letzten Jahren, dass die Bindung der staatlichen Gewalt, hier im Sinne von gesellschaftlicher Amtstätigkeit, an die Nationalkultur abnimmt, die in diesem Zusammenhang als der Komplex von Kulturgütern verstanden wird, der den in die Gesellschaft neu Hineingeborenen als Primärsozialisation anerzogen wird.

Es entstehen staatliche Gebilde wie die EU, die zunächst in der Sphäre der Produktions- und Marktbeziehungen gemeinsames Recht setzen, und quasistaatliche, über die Nationalstaaten hinweg operierende Gebilde wie der IWF, die ILO, die Weltbank und ein System zahlreicher internationaler und UN-Abkommen zu x-erlei Fragen (Umweltschutz, Patentschutz etc.). Manche romantisch veranlagte Linke sprechen sogar schon von einem „Empire“.

Ebenso zeigt sich, dass die Menschen, hier gesehen als Faktor Arbeitskraft, einen weltweiten Markt vorfinden und trotz oder gerade wegen ihrer unterschiedlichen Primärsozialisation auf dem Arbeitsmarkt Chancen nutzen.

Insgesamt hat sich eine Situation entwickelt, in der die Widerstände für „neue Kombinationen“ von Produktionsfaktoren so niedrig, ihre Bindung an Zeit und

Ort so schwach sind wie noch nie. Es ist heute möglich, dass ein Investor aus Singapur in München eine Unternehmung aufzieht, die mit Arbeitskräften aus der östlichen EU arbeitet, die Buchhaltung in Portugal erledigen lässt und in Irland Steuern zahlt.

Ökonomische Änderungen, die dieser „Umbruch“-Situation zugrunde liegen, sind z.B. erheblich geringere Kosten für Information und Kommunikation von Nachrichten, Menschen, Waren (von Billigfliegenschiffen über die Billigflieger bis zum Internet), aber auch das Aufkommen bzw. die Ausbreitung weltweit „vergleichbarer“ Kulturtechniken (erkennbar bis hin zur PISA-Studie, wie sonst sollte ein internationaler Vergleich von Schulsystemen möglich sein?) und schon fast eine allgemeine Verkehrssprache (Englisch) etc. Aber auch international akzeptierte Patente, weltweite Rechtsstandards sind für diese Entwicklung unverzichtbar. Ein wichtiges Merkmal dieser Entwicklung ist die Möglichkeit der zeitlichen und räumlichen Trennung der einzelnen Momente des Arbeitsaktes; das schafft neue Koordinaten des sozialen Raumes.

Die geschichtlich gewordene Struktur der Ansiedlung, die Rechtskultur, der Machtbereich der politischen Gebietskörperschaften, der Geltungsanspruch der National- bzw. Regionalkultur, alles überlagert, reibt und beißt sich. Es entsteht eine Situation des Umbruchs.

Zur Entstehung der bürgerlichen Stadt in Europa

Die europäische Stadt ist wirtschaftsgeschichtlich gesehen auf dem Mehrprodukt der Landwirtschaft gewachsen. Die Aneignung dieses Mehrproduktes durch die Grundherrschaft, namentlich durch die großen Grundherren und die Kirchenfürsten, ermöglicht diesen eine differenzierte Nachfrage, die weit über das Leistungsvermögen der Arbeitsteilung auf dem Gutshof oder im Dorf hinausgeht. Die differenzierte Nachfrage erzeugt eine differenzierte Arbeitsteilung, deren Weiterentwicklung ohne Momente von Selbstbestimmung der Produzenten nicht denkbar wäre. Die Organisationen des Handwerks, die Zünfte und auch die Repräsentanten des Handels gewinnen eigenes politisches Gewicht im der feudal organisierten Gefüge der öffentlichen Gewalt. Die Idee fasst Fuß, dass der Mensch berufen sei, sein Schicksal selbst zu gestalten.

Aber immer noch gründet die Stadt auf der Expropriation der ländlichen Produzenten. So zeigen die Städte dem Widerstand der Bauernbewegungen die kalte Schulter und paktieren – letztlich – mit den Mächtigen. Dies ändert sich erst mit dem Aufkommen der industriellen Produktion.

Die manufakturmäßige Produktion für den Massenmarkt und mehr noch später die industrielle Produktion greifen mit Macht in die Arbeitsteilung des ländlichen Raumes selbst ein. Die bäuerliche oder dörfliche Nebenproduktion wird unrentabel. Arbeitsgerät für die Landwirtschaft kann nicht mehr rentabel oder nicht mehr in ausreichender Qualität selbst hergestellt werden. Die Geld- und Marktwirtschaft erfasst den ländlichen Raum und bindet ihn mit der Stadt zusammen, die Voraussetzungen für einen einheitlichen, Stadt und Land umfassenden Rechtsraum sind damit gegeben. Die bürgerliche Revolution kann die feudale Reaktion auf dem Lande, wo diese ihre Ressourcen hat, erreichen und schlagen. Die Ausbeutung der Landbevölkerung erfolgt ab dato wesentlich (und nicht zu knapp) über den marktförmigen Austausch.

Die industrielle Stadt

In der bürgerlichen Gesellschaft hat die Stadt eine Doppelfunktion. Sie ist mehr als je zuvor der Sitz und Standort der politischen Macht. Als Handelsstadt und Finanzplatz übt sie wirtschaftliche Macht aus. Zudem ist sie aber Standort von Gewerbe, und als solcher bringt die städtische Ballung selbst produktive Kraft und materiellen Reichtum hervor.

Die Nationalökonomie spricht in diesem Zusammenhang von den „Skalenerträgen der Ballung“ – weniger Kosten bei der Informationsbeschaffung, weniger Umwandlungskosten und schnellerer Umschlag im Geldverkehr, weniger Transportkosten im Warenverkehr, Vorteile einer stärkeren Arbeitsteilung auf engem Raum, mehr Vergleichsmöglichkeit für Anbieter und Nachfrager von Waren und Dienstleistungen jeder Art.

Diese Faktoren des städtischen Lebens sind in den verschiedenen Ansiedlungen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Der Vergleich von Städten etwa wie (Bayer)-Leverkusen mit Köln, (VW)-Wolfsburg mit Braunschweig, ja sogar noch (BASF)-Ludwigshafen mit (Benz)-Mannheim, zeigt, dass weniger die Eigenschaft als Gewerbestandort das städtische, das urbane Flair erzeugt.

Es ist nach wie vor die Ballung zahlungskräftiger, wesentlich anderswo erarbeiteter Nachfrage, die Stadtluft wehen lässt. Diesem Umstand trägt auch die räumliche Organisation der großen Städte Rechnung, die gewerbliche Arbeit ins Weichbild der Stadt zu verbannen neigen.

Es ist durch die Steuer oder über die Verwaltungszentren der großen Firmen eingenommenes Geld, es ist, um es rau

und kräftig zu sagen, die europäische, urbane Stadt der Gegenbeweis der naiven Lehre, dass niemand mehr ausgeben könne, als er einnehme. Die Stadt ist der Ort, an dem mehr Wirtschaftsgüter verbraucht als bereitgestellt werden.

Das macht ihren unverwechselbaren Reiz auch nach dem Übergang zur industriellen Stadt aus.

Die heutige Großstadt

Die heutige Großstadt ist nach wie vor bestimmt durch eine Ballung von zahlungskräftiger Nachfrage. Diese Ballung löst Nachfrage aus: nach Gütern, nach Arbeitskräften, nach Grundstücken, Wohn- und Geschäftsräumen usw.

Es ist eingangs bereits erwähnt worden, dass die Herstellung des Weltmarktes die Produktionsfaktoren mobil macht und dadurch das Phänomen der Ballung enorm begünstigt. Auf der Ebene der Stadt stellt sich das Mobilitätsphänomen nochmals dar durch die Infrastruktur, die den Nahverkehr regelt, und damit sowohl das Zentrum „für alle“ erschließt, wie auch eine immer noch wachsende „Peripherie“ im Puls des städtischen Lebens mitschwingt.

Wie weit dabei in bestimmten Kreisen heute der Begriff der „Peripherie“ gefasst wird, macht ein Zitat aus einer Berliner Kunstzeitschrift deutlich. Die Zeitung heißt „kunststadt – stadtkunst“ und wird herausgegeben vom Berufsverband Bildender Künstler Berlins. In einem Bericht über ein Symposium des Verbands zum Thema „Flexible Stadt – flexible Künstler“ zitiert die Zeitschrift eine Journalistin mit folgender Aussage:

„Die großen Städte sind nicht länger selbstverständliche Einzugsgebiete für die Region, nicht mehr selbstverständlich jener Ort, an den die Menschen strömen, um zu produzieren, mit den Produkten zu handeln. Mit schwindender Zentralfunktion erfahren die Großstädte auch einen Bedeutungsverlust. Zu stark ist die Region, zu mobil, zu flexibel sind die Bewohner geworden. Wer in Krefeld wohnt, arbeitet vielleicht am Bildschirm daheim, shoppt in Düsseldorf, schaut Kunst in Köln an, hört Musik in Dortmund, fährt zur Erholung in die Niederlande und besucht am Wochenende die Schwiegereltern in Bonn. Vorausgesetzt, er besitzt das nötige Geld für einen Wagen.“

(Claudia Wahjudi: „Die Kunst der Arbeit – Die neue Allianz von Stadt und Kunst“, „kunststadt – stadtkunst“ Nr. 50, Anfang 2003)

Aber selbst wenn man sich die soziale Welt als Jet-Set denkt, es bleibt die Stadt als der Ort, an dem sich etwas ereignet, der Ort, an dem die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gesellschaft präsent sind (oder wenigstens die Vorspiegelungen solcher Möglichkeiten).

Dennoch hat diese Entwicklung dazu geführt, dass die Gebietskörperschaft „Stadt“ und die politische Demokratie die durch Gegebenheiten des täglichen

Lebens miteinander verbundenen Menschen eines Siedlungsraumes nicht repräsentiert. Im täglichen Einerlei der Kommunalpolitik führt dies zu Reibereien und zur Verschleierung von Problemlagen.

Die herkömmlichen Finanzierungsmechanismen sind auf Gebietskörperschaften ausgerichtet, die ihre Grenzziehung einer anderen ökonomischen Epoche verdanken. Jede Maßnahme, die sich von übergeordneter Seite auf den Pflichtkatalog der Leistungen oder die Quellen der Finanzierung auswirkt, wirkt auf die Gemeinden ganz unterschiedlich (Speckgürtel etc.). Die Debatte, wer vom öffentlichen Nahverkehr mehr hat (auf kommunaler Ebene), die Stadt oder das Umland, ist uferlos.

Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Gemeinden, nach Städtetag, Gemeindetag, Landkreistag vertreten, so extreme Schwierigkeiten haben, ihre Interessen gegenüber den höheren staatlichen Gremien zur Geltung zu bringen.

Und je mehr der lokale Genuss von global erwirtschaftetem Reichtum kommt, umso mehr steigt auch das Gewicht global aktions-, sprich: interventionsfähiger staatlicher Instanzen, als des Zentralstaats mit seinem Militär, seinen Satelliten, seinen Geheimdiensten, auswärtigen Diensten etc. im Gefüge der staatlichen Institutionen insgesamt.

So entsteht eine Struktur, die bei aller Labilität doch nur sehr schwer zu reformieren ist. Es ist nicht abzusehen, wie eine Neuordnung der Gebietskörperschaften zustande kommen soll. Denn dafür braucht es große politische Mehrheiten.

Die heutige Großstadt entwickelt sich zu einem politischen Raum, in dem sich Einflüsse von Europa, Bund, Land, und Gemeindebürgerschaft überlagern. Sie stellt sich dar als wirtschaftlicher Ballungsraum, als gewerblicher und Dienstleistungsstandort, dessen Grenzen mit den Stadtgrenzen nicht so richtig zu tun haben. Das Zentrum dieser Ballung wird durch Ereignisse, die sog. Events, gesetzt, denen sinnstiftende Funktion zukommt. Große Vergnügungen und exaltierte kulturelle Mysterien halten die Bürgerschaft zusammen. Es gibt greelles Licht und die im Dunkeln sieht man nicht.

Das politische Konzept der imperialistischen Metropole

Dieses Konzept basiert darauf, die Nachfragemacht in den Grenzen der Stadt zu steigern. Das geschieht im Kampf um die Ansiedlung von Zentralen der Wirtschaft, des Kulturlebens, der Bildungseinrichtungen und des Staates. Es geschieht auch durch eine gezielte Ansiedlungspolitik, bei der man sich um jene Ausschnitte des Erwerbslebens müht, in denen besondere Einkommen erzielt werden. Die Ballung solcher Nachfrage schafft ein Angebot an Luxusprodukten, des täglichen Bedarfs, des Kulturlebens, zur Befriedigung des Vergnügenstriebes, die die Stadt wiederum als Lebens-

raum für entsprechende Nachfrager attraktiv macht.

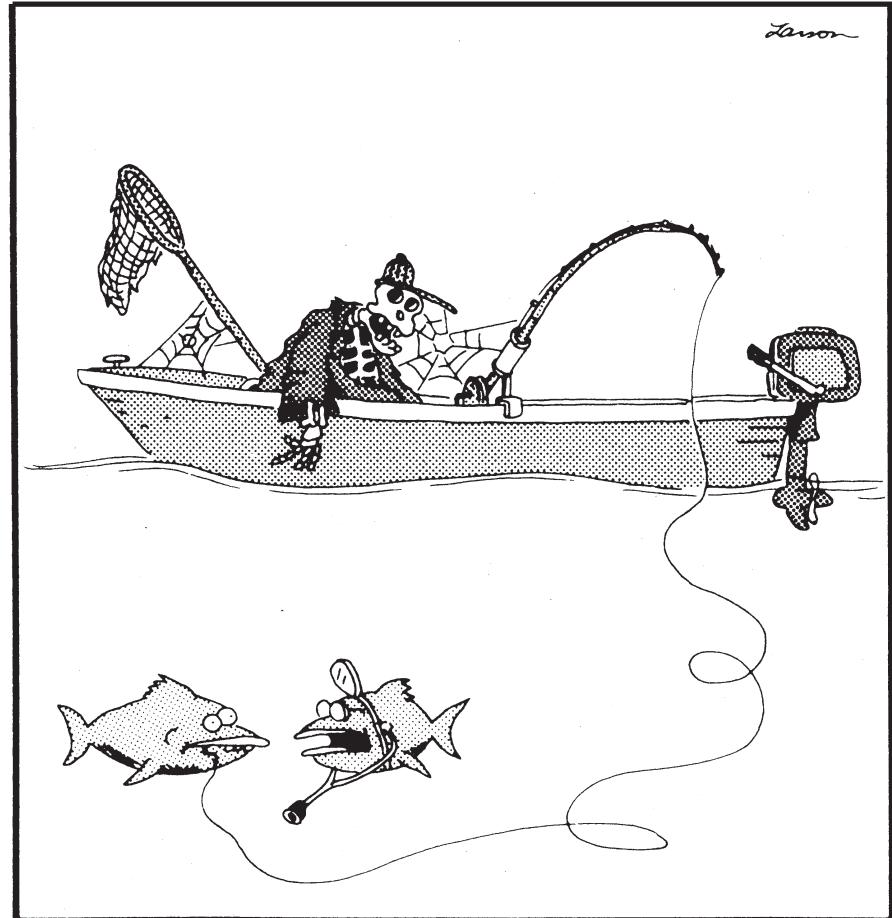
Diese Stadt, nennen wir sie die *privilegierte Stadt* und ihre Bürger die *privilegierten Bürger*, entwickelt sich notgedrungen auch zum Anziehungspunkt für die Armut. Sie bringt neben den gutbezahlten Jobs auch eine Nachfrage nach übel vergoltenen Arbeiten hervor. Sie bietet die Chance, aber sie gewährt sie nicht. Die privilegierte Stadt hat ein Arms-, ein Sicherheits- und ein Demokratieproblem, das zur Repression drängt.

Auch hier wieder ein Zitat aus der schon genannten Zeitung des Berliner Künstlerverbands und dem schon erwähnten Vortrag der Journalistin Claudia Wahjudi. Diese, vermutlich den Grünen oder der SPD nahestehend, beschreibt die Dinge aus ihrer Sicht so:

„Die Vorteile von städtischer Konkurrenz und von Ansiedlung transnationaler Firmen liegen auf der Hand. Die Internationalisierung bringt hochqualifiziertes Personal in die Stadt sowie neue anspruchsvolle Jobs. Das Bildungsniveau steigt. Mit Ankunft der gut bezahlten Angestellten steigt die Nachfrage nach einfachen Dienstleistungen, die wiederum jenen Neuankommenden eine Einstiegsschance bieten, die über geringe Sprachkenntnisse verfügen oder deren Berufsabschlüsse am neuen Ort nicht anerkannt werden. Sie sind es, die im prekären Sektor arbeiten, die Hemden bügeln, die Pizza liefern. Diese internationalisierte Bürgerschaft reaktiviert das mittelalterliche Motto „Stadtluft macht frei“. So finden sich in den Global Cities (den „globalen“ Städten) ganze Viertel, die in ihren lokalen Grenzen vor Rassismus schützen und eine Assimilation an die Mainstream-Kultur überflüssig machen. Gleches gilt für die Lebbarkeit sexueller oder spiritueller Identitäten sowie politischer Ansichten, die vom Durchschnitt abweichen. Die Global City fördert die Diversifizierung der Lebensstile ...“

Über dieses romantisierende Bild der modernen Stadt wird sicher noch viel zu sprechen sein, vor allem mit seinen Anhängern in den Kreisen von SPD und Grünen. Hier soll es nur zitiert werden, um deutlich zu machen, wie schönfärbisch diese Entwicklungsprobleme in diesen Parteien bzw. in bestimmten sozialen Kreisen heutzutage dargestellt werden. Damit müssen wir uns auseinander setzen.

Dass solche schönfärbischen Positionen zu Metropolen und ihren Wirkungen nach innen und außen aber auch in der PDS nicht weit sind, zeigt die Debatte um die Sanierung des Berliner Landshaushalts. Hier hatte der inzwischen aus der politischen Spitzenfunktionen ausgeschiedene zeitweilige Wirtschaftssenator und Spitzenkandidat Gregor Gysi im Zusammenhang seiner Kandidatur für die Position des Regierenden Bürgermeisters die These vertreten, eine „Hauptstadt“ wie Berlin sei schon durch



»Also, erst mal die schlechte Nachricht – Sie hängen tatsächlich am Haken.«

ihre kulturelle und mediale Ausstrahlung eine Bereicherung des gesamten von ihr beglückten Landes. Deshalb müsse die Sanierung des Berliner Landshaushalts auch von allen anderen Bundesländern – bzw. den dort lebenden Steuerzahldern – mitgetragen werden, quasi als finanzielle Gegenleistung für die mediale, kulturelle, ideologisch-politische „Strahlkraft“ der Hauptstadt. „Wir sind die Sonne und ihr zahlt für unsere Sonnenstrahlen“, könnte man dieses Konzept in Anlehnung an einen früheren französischen Sonnenkönig auch beschreiben.

Noch heute verflicht auch die Berliner PDS ein Leitbild, dass die Zukunft dieser Metropole im Wesentlichen als eine „Stadt des Wissens“ sieht, als Hochschul-, Kultur- und Wissensmetropole. Nur am Rande gehört dazu auch Berlin als „Technologiestandort“. Von industrieller Produktion, von produzierendem Gewerbe als Basis jeder großen Stadt ist in diesem Leitbild nur ganz am Rande die Rede, und nur ab und an gibt es – dann in der SPD – Kritik daran. Der kürzliche Vorwurf eines SPD-Politikers an die Berliner Landesregierung, die Stadt habe sich seit Jahren um keine neue Industrieanstaltung bemüht, während Leipzig das BMW-Werk geholt habe, Hamburg das neue Airbus-Werk – solche Positionen, die, auch wenn sie in diesem Fall mangelnde Standortkonkurrenz einklagen, immerhin richtig auf die Notwendigkeit einer industriellen Basis von großen

Städten hinweisen, sind in der Berliner Landespolitik bis heute Randerscheinung geblieben.

Dass auf der anderen Seite solche Metropolen aber tatsächlich Leute, Menschen und Ideen anziehen, ist gerade am Beispiel Berlins unübersehbar. Die Stadt entwickelt sich seit der Hauptstadt-Entscheidung vor knapp zehn Jahren inzwischen tatsächlich wieder zu so etwas wie einer „Hauptstadt“. Sie zieht Touristen in großer Zahl an, ihre kulturellen „Events“ (ob „Loveparade“ oder „Hauptstadt der Friedensbewegung“) beschäftigen die Leute und begünstigen eine tatsächliche Zentralisation von Macht und Geld in der Stadt. Dass die letzten Ministerien bald aus Bonn verschwinden, dass der BND aus Pullach abzieht und alle großen Wirtschaftsverbände und Konzerne sich zunehmend für eine Dependance in der Stadt interessieren, zeigt die „Zugkraft“ einer solchen Metropole. Viele teure Geschäfte, denen vor Jahren bei der Eröffnung in Berlin jeder die baldige Pleite prophezei hätte, scheinen zu florieren – während die Deindustrialisierung der Stadt weiter fortschreitet.

Entwicklungsprobleme der privilegierten Stadt

Eine solche privilegierte Stadt hat auf die mittlere Frist aber auch ein strategisches Entwicklungsproblem. Indem sie sich von einem großen Teil der Erwerbsquellen, von deren Schweißgeruch angewi-

dert abwendet, verliert sie schleichend ihre Eignung zum Standort für leitende Aufgaben aller Art. Diese Entwicklung wird zunächst für die Außenwelt sichtbar, weil der Zuschussbedarf dieser Art Stadt im Vergleich zu anderen Städten sich nicht mehr verbergen lässt. Der Spaß wird teuer. Die Zahler murren. Im Inneren der privilegierten Stadt stellt sich heraus, dass sie mit dem kulturellen Kapital, dem Arbeits- und Leistungsvermögen ihrer Bewohner nicht angemessen umgehen kann. Denn die Leute sind hier auch nicht so viel anders als anderswo, es fehlen aber gerade die Beschäftigungen, die gewerblich hart und direkt am Produkt, bei der Dienstleistung nahe am Klienten verrichtet, gesellschaftlichen Reichtum bilden.

So verliert die privilegierte Stadt langsam ihre kulturelle und sittliche Kompetenz, weil sie ihre eigene ökonomische Basis nicht sieht und versteht.

Sie verliert ihre technische Kompetenz, weil das technische Wissen und Geschick nicht abseits von der Anwendung gedeihen kann.

Sie verliert die Fähigkeit zum sozialen Zusammenleben, weil sie auf Begünstigung beruht.

Das Konzept der solidarischen Stadt

Dieses Konzept basiert auf der Akzeptanz der weltweiten Mobilität und erkennt, dass die kulturelle Vielfalt der modernen globalisierten Welt sich im städtischen Raum darstellen muss. Sie zieht daraus eine Fairness- und Gerechtigkeitsvorstellung, die die Richtung der politischen Einflussnahme sowohl im städtischen Mikrokosmos wie auch im Makrokosmos der globalisierten Welt zusammenbringt.

Sie strebt danach, einen möglichst breiten Ausschnitt der gesellschaftlich nötigen Arbeiten auch tatsächlich im städtischen Raum anzutreffen und ergänzt dadurch die raumgreifenden Beziehungen der heutigen weltweiten Wirtschaft durch kleine Kreisläufe.

Sie richtet ihre Bildungseinrichtungen demokratisch aus und akzeptiert die kulturelle Vielfalt, wohl wissend, dass eine Gleichschaltung unmöglich und letztlich kontraproduktiv ist.

Sie lässt das Luxusangebot, das die in ihr notgedrungen geballte Nachfrage hervorruft, zu, aber sie duldet nicht die Verdrängung der gewöhnlichen Lebensäußerungen und die Schaffung von exklusiven Räumen nur für Reiche.

Die solidarische Stadt muss zu diesem Zweck einen bedeutenden Teil des immobilen Vermögens in ihrer Planungskompetenz halten. Sie muss begreifen, dass die Präsenz der vielfältigen Produktionsfaktoren in möglichst großer, ja repräsentativer Breite, den städtischen Raum zu einer produktiven Sache macht, in der die Wirtschaftssubjekte die Gelegenheiten für neue Kombinationen vorfinden.

Praktische Konsequenzen:

In der praktischen Kommunalpolitik kommt es wahrscheinlich darauf an, diejenigen zu unterstützen, die darauf bestehen, dass die scheinbare wirtschaftliche Unvernunft der „Mischung“ von Gewerben in „der Ballung“ letzten Ende produktiv ist, während diejenigen zu kritisieren wären, die aus den hohen Skalenerträgen, die in der Ballung möglich sind, einen strukturellen Verdrängungs- und Ausschlusskurs begründen.

Es ist jedenfalls so, dass die „solidarische Stadt“ in ganz anderem Maße von der qualifizierten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger abhängt, die ein öffentliches Interesse konkret ausformulieren müssen, damit sie es politisch durchsetzen können.

Zur Zeit beherrschen zwei Debatten dieses Feld:

a) Die Strategien zur Finanzierung

Die Strategien zur Finanzierung sind akut dran, weil so viele Städte und Gemeinden nicht mehr können.

Hier wird unter (Einbeziehung von ver.di) versucht, die Probleme der Kommunalfinanzierung dadurch zu lösen, dass man ein möglichst großes Finanzvolumen fordert. Das ist zwar richtig, weil vermutlich auch auf diesem Gebiet die einzige Chance liegt, den anhaltenden Zug zu weiterer Zentralisierung – von staatlicher Macht und von gesellschaftlichen Ressourcen – zu bremsen.

Andererseits sind die Städte und Gemeinden, wie sie heute verfasst, umgrenzt und ausgestattet sind, nicht einwandfrei in der Lage, die Aufgaben im Ballungsraum wahrzunehmen. Zumindest auf der Planungsebene müssen neue Zusammenhänge her, und wo bleibt dann der Bürgereinfluss.

Ein Beispiel für dieses Chaos bietet die Debatte um den Transrapid München. Er soll das Zentrum von München mit dem Flughafen, der nicht auf dem Münchener Stadtgebiet liegt, aber zweifellos nicht eine Einrichtung der Stadt Erding ist, verbinden. Wer ist da zuständig? – Es wird nötig werden, gleichzeitig über eine Reform der Gebietskörperschaften und den kommunalen Finanzausgleich zu reden. – möglichst ohne Schwächung der Länder gegenüber dem Bund.

b) Die Strategien zur Entwicklung des „Standortes“

Diejenigen Strategien, die darauf setzen, im städtischen Raum Nachfragemacht zu ballen, sind gefährlich, weil sie und so weit sie auf Ausschluss bedacht sind.

Wir müssen das Ziel einer Stadt verteidigen, in der wirklich alles nebeneinander vorkommt und Daseinsberechtigung hat, was es sonst noch auf der Welt gibt.

Zum Probleme der Skalenerträge.

Nach dem Nationalökonom Heinrich von Thünen, dem „Entdecker“ der sogenannten „Skalenerträge von Ballung“, ist es ziemlich heikel, wenn in ei-

ner Lage, die beim Faktor Kapital und Arbeit sowieso begünstigt ist (weil beides reichlich in „Ballungsräumen“ vorhanden ist) und beim Faktor Boden dagegen knapp, Produktionen stattfinden, die dem nicht entsprechen. Andererseits könnte man unter diesem Gesichtspunkt keine einzige Schule in der Stadt betreiben („Grundstück zu teuer“).

Man muss sich fragen, welche Mittel der Stadt zur Verfügung stehen sollten, um die Skalenerträge, die durch vorteilhafte Position in der Ballung anfallen, abzufangen und zu ausgleichenden Maßnahmen zu nutzen. Die weitere Entwicklung der Eigentumsverhältnisse am Boden (kein Ausverkauf städtischen Bodens, sondern Verpachtung etc.) ist hier elementar wichtig, überhaupt das ganze Privatisierungsproblem (kommunale Infrastruktur, Wasser, Abwasser, Strom, Verkehrsbetriebe, Sparkassen etc.)

Hier kommt das Problem der Genossenschaften mit hinzu. In Berlin gibt es z.B. unter der rot-roten Landesregierung wenigstens erste Ansätze, bezirkliche Genossenschaften zu fördern. Solche Ansätze sind in der kommunalen Politik insgesamt und auch in der PDS-Politik vermutlich noch viel zu schwach entwickelt und müssen unbedingt gestärkt werden.

Ausblick

Das Konzept der solidarischen Stadt hat den Vorteil, dass es ermöglicht, Planungen, Vorgänge und Ereignisse auf der untersten Ebene der kommunalen Politik in einem strategischen Zusammenhang zu diskutieren. In den durch die eigene Anschauung erfahrbaren Raum des Viertels oder Bezirks einer Großstadt oder einer kleineren Gemeinde, können Rechte und Chancen der Selbstverwaltung und Selbstgestaltung eingefordert werden mit Blick auf den weiteren Zusammenhang.

Das urbane Leben gewinnt einen neuen Reiz durch die Chance, aus einer Vielfalt von Angeboten heraus angemessene Kombinationen zu bilden.

Für die politische Praxis bedeutet dies die Notwendigkeit, mit den vielfältigen Organisationen, die dem sozialen Leben auf dieser Ebene Struktur geben, Kontakt zu suchen.

Es ist zu erwarten, dass sich einige Diskussionen, die am Laufen sind, in dieser Richtung entwickeln werden:

Da ist die Frage des Wohnens, der damit verbundenen Bebauungs- und Verkehrsplanung. Da ist die anstehende Schulreform, die, wenn sie richtig läuft, Beziehungen zwischen der Schuleinrichtung als kulturellem Unterzentrum des Viertels entwickeln kann. Da ist die Gestaltung des öffentlichen Raums durch Kunst, Kultur, Feste usw.

Und da sind vor allem die Kritik und die Forderungen, die auf dieser soliden, weil gelebten Grundlage an die Stadt- und Landespolitik gerichtet werden können.

Berichterstattung:
Martin Fochler, Rüdiger Lötzer



Resist the G8! Auf nach Evian!

G8? Illegal! Unter diesem Motto laufen die Vorbereitungen für die Proteste gegen den G8 Gipfel in Frankreich auf Hochtouren. Illegal, weil diese Herren, die sich nur „informell“ treffen, aber über die Geschicke der Welt streiten und verhandeln werden, von niemandem dazu legitimiert worden sind.

Während die acht Herren sich am 1. Juni im Luxusbadeort Evian verschanzen, werden Hunderttausende mit einer riesigen Umzingelungsblockade ihr Treffen von der Außenwelt abschirmen und unschädlich machen. Bei Gegenkonferenzen und im „intergalaktischen Dorf“ werden Tausende aus der ganzen Welt Ideen für eine andere, eine bessere Welt diskutieren und die Proteste vorbereiten. Aus Deutschland werden Gewerkschaftler, Flüchtlinge, Friedens- und UmweltaktivistInnen, und viele viele mehr mit einem Widerstands-Sonderzug und mit Bussen sich diesem internationalen Protest anschließen.

Die Proteste in Evian sind – wie Genua vor zwei Jahren – ein Schlüsselereignis und eine wichtige Station für die Entwicklung von Widerstand und Alternativen. Für die Friedensbewegung ist eine Mobilisierung nach Evian eine Möglichkeit, dem globalen und permanenten Krieg eine globale und permanente Bewegung entgegenzusetzen. Zu einem Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancun kann ein erfolgreicher Protest in Evian beitragen, in dem die Grundprämissen des Neoliberalismus erneut in Frage gestellt und die Konflikte innerhalb der G8 verstärkt werden. Nicht zuletzt kann eine breite Mobilisierung aus Deutschland dem aufkeimenden Widerstand hierzulande neuen Mut und Schub geben, die Vernetzung zwischen verschiedenen Bewegungen voranbringen und die Entwicklung hin zu einem deutschen Sozialforum beschleunigen.

Sonderzug nach Evian

Mit dem Sonderzug, der symbolisch vom Kirchentag in Berlin verabschiedet wird, fährt eine Vorhut von 1000 Leuten nach Annemasse, um beim Aufbau des Intergalaktischen Dorfes und bei der Vorbereitung der Aktionen zu helfen. AktivistInnen von der IG-Metall Jugend und von Ver.di, aus der Friedens- und Umweltbewegung, von Attac und Antifa, aber auch Einzelpersonen, Filmteams und Journalisten werden zeigen, dass die globalisierungskritische Bewegung auch in Deutschland angekommen ist. Die Reise wird so gleichzeitig zum politischen Happening, rollenden Teach-in, Vernetzungstreffen und Symbol für eine andere Welt. Die Rückfahrt dient der Auswertung der gemeinsam erlebten Proteste und als Vorbereitungsort für die Ausweitung des Widerstands in Deutschland. Weiterer Vorteil des Zuges: 1000 Leute haben größere Chancen an der Grenze durchgelassen zu werden, außerdem ist das Warten lustiger und bei Problemen gibt es viele Möglichkeiten für Spontanaktionen....

Tickets: Selbstkostenpreis: 130,- politischer Preis: 165
Zu bestellen bei bb-gruppen3@attac.de oder unter: 069-900281-0 oder online. Aber beilebt Euch, die Nachfrage ist groß! www.attac.de/evian

10. Mai, Frankfurt: Netzwerk Gewerkschaftslinken: Einladung zum Treffen zur Programm- und Zukunftsdebatte der Gewerkschaften. Vorschlag zur Tagesordnung: 1. Bericht über die Zukunftsdebatte des Kasseler Treffens von Gewerkschaftslinken am 14. und 15. März 2003. 2. Die bei unserem ersten Treffen festgelegten Themenbereiche und bisher dazu verfassten Diskussionspapiere, siehe: Thesen im LabourNet . 3. Die besonderen Aufgaben der Gewerkschaftslinken innerhalb der aktuellen Bewegungen. Ort: Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, Sitzungszimmer 3 Zeit: 11.00 Uhr (bis ca. 16.00 Uhr)

10. Mai 2003, Kassel: 14. bundesweites Treffen des Netzwerk für eine kämpferische ver.di. Beginn um 10 Uhr, Ende 17 Uhr. In der Universität.

17. Mai, Berlin: verdi u.a. rufen auf zu einer Demonstration „Für mutige Reformen“, 5 vor 12: Demonstration ab Potsdamer Platz, 14.00 Uhr Abschlusskundgebung am Großen Stern und Kulturprogramm

22. Mai, bundesweit: „Hochschulen aufgewacht“ – dezentraler Aktionstag, zu dem das Netzwerk „Hochschulen gegen den Krieg“ aufruft.

24. Mai, Berlin oder Potsdam: Regionale Basiskonferenz der PDS-Landesverbände Berlin, Brandenburg

25. Mai, Bremen: Bürgerschaftswahlen

28. Mai bis 1. Juni, Berlin: Deutscher Ökumenischer Kirchentag

1.Juni, Berlin: SPD-Sonderparteitag

1.-3. Juni 2003, Evian: G7/G8 Gipfel in Evian, Frankreich

13. bis 15. Juni, Berlin: Viertes Bundesjugendtreffen der PDS im Kunsthause Tacheles. Neben Podiumsdiskussionen und verschiedenen Arbeitskreisen wollen wir unter dem diesjährigen Titel „Lebensendwürfe?!“ jungen PDS-Mitgliedern und -SympathisantInnen ein erlebnisreiches Wochenende bieten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass viele junge (und auch ältere) Menschen nach Berlin kommen. Weitere Informationen zum Treffen und Anmeldemöglichkeiten erhalten ihr unter www.pds-jugend.de oder unter tel.: 030/24009- 447

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: 4. Europäischer Kongress zur Friedenserziehung, Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich! Anmeldung, Programm: Kongressbüro GEW Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 040/44 73 49, Fax: 450 46 58, e-mail: peacecongress@gew-hamburg.de Information: Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel.+Fax: 040/6015212 E-mail: horst.bethge@T-online.de • Hartmut Ring, Gellerstr. 29, 22301 Hamburg, tel.+Fax: 040/2792353, E-mail: ppf@ecolink.org Kongress-Web: <http://www.ppf-germany-congress.org>

7.-10. August, Sondershausen: Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

**TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT**

ZEITBOMBE
Giftgas bei BAYER.

STICHWORT
BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.
Konkret, spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...